

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werttätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt“, vierteljährlich 2.40 Mk., monatlich 80 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 924.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgepaltenen Beilagen oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 240.

Donnerstag, den 12. Oktober 1916.

23. Jahrg.

Der Reichstag über die politische Lage.

Die große Reichstagsdebatte, die sich am Mittwoch mit einiger Verzögerung an die jüngste Rede des Reichskanzlers angeschlossen, verlief im allgemeinen ohne größere Erregung und Überraschungen. Durch die vorangegangenen vertraulichen Beratungen des Hauptauschusses war den Verhandlungen das gefährlichste Spannungsmoment, die heikle U-Bootfrage, genommen. Zwar ist, wie der Berichterstatter der Kommission betonte, im Hauptauschuss eine sachliche Einigung nicht erzielt worden, aber mit 24 gegen 4 Stimmen hatte der Ausschuss beschlossen, dem Plenum zu empfehlen, daß es von einer öffentlichen Behandlung der U-Bootfrage absehe. Wenn auch Konservative und sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft sich ein Eingehen auf diese Materie vorbehalten hatten, so äußerten sich doch ihre Sprecher zu diesem Punkte in sehr zurückhaltender Weise. Dem konservativen Redner war es jedenfalls anzumerken, daß die Kanzlerrede auch den jetzigen Moment nicht für eine endgültige Entscheidung und Abrechnung mit Herrn v. Bethmann-Hollweg für geeignet hält. Herr v. Westarp trug seine Erklärung, in der mit einiger Verklammerung der rückwärtslose U-Bootkrieg gefordert wird, ohne reberische Umarmung und mit fast unverfälschter Stimme vor. Er kann man sagen, daß auch der parlamentarische U-Bootkrieg „unersetzlich“ geworden ist und nur in gelegentlichen Andeutungen und durchschimmernden Redemwendungen austauscht. So, wenn Herr v. Westarp oder Herr v. Westarp mit Emphase den Namen „Lirpiz“ ausrufen und die ganze Rechte inklusive der Nationalliberalen dabei in demonstrativen Beifall ausbrechen.

Ehe es zur Debatte über die Kanzlerrede kam, waren noch ein paar kleine Vorklagen zu erledigen, darunter ein Antrag der soz. Arbeitsgemeinschaft, der die sofortige Haftentlassung Liebkechts fordert. Er wurde der Geschäftsordnungskommission überwiesen. Die Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags wurde einstimmig beschlossen. Redner beider sozialdemokratischer Fraktionen stimmten ihr trotz gewichtiger Bedenken zu. Eine kleine Debatte entspann sich auch noch über die geistliche Schätzung der Namen „Nationalstiftung“ und „Marinestiftung“, an der sich namentlich die Abgg. Siebel (soz.) und Henke (soz. Arb.) beteiligten.

Den Reigen der Redner zur auswärtigen Politik leitete der Zentrumsabgeordnete Spahn recht klanglos ein. Es war überhaupt bei den Rednern der bürgerlichen Parteien — hing das vielleicht mit der Ausschaltung der U-Bootsdebatte zusammen? — eine gewisse Mattigkeit zu verspüren. Große Frische brachte in die Debatte eine vom ganzen Hause sehr aufmerksam angehörte Rede Scheidemanns (Soz.) Genosse Scheidemann, der seine Rede mit einer trefflichen Verspottung der Kriegsneuasthetiker einleitete, verstand es wirkungsvoll, die Friedenssehnsucht der Völker aller Länder und auch des deutschen Volkes zum Ausdruck gelangen zu lassen, ohne daß doch ein Zweifel an dem Willen zur Vaterlandsverteidigung aufkam. Die wirtschaftlichen Nöte durch Fehler der Organisation fanden in ihm einen ebenso bereiten Schilderer wie die geistlichen Nöte, hervorgerufen durch Zensur und Belagerungszustand. Ganz besonderes Aufsehen erregten aber einige Enthaltungen über das unterirdische Treiben der Kontradmarschälle an der Hand von Briesen des Kontradmarschalls Thomßen, des Fürsten Salm-Horstmar usw. Zu dieser Clique gehört auch Dr. Wildgrube, der konservative Kandidat für Nidach-Würzen. Scheidemann führte aus, daß der innere Kitt aller dieser Leute die gemeinsame Angst vor der kommenden Demokratie sei. Und daran schloß sich der zwingende und eindrucksvolle Beweis, daß die Gewährung von Volksrechten ein Erfordernis der Landesverteidigung ist. „Erst wenn Sie dem Volke Rechte gegeben haben, haben Sie Ihre Pflicht zur Verteidigung des Landes ganz getan“ — rief Scheidemann der Regierung und der Rechten zu.

Nach Scheidemanns Rede klang das Interesse des Hauses ersichtlich ab und der nationalliberale Redner, Herr Wasser-mann, sprach vor recht leeren Bänken. Auch der Sprecher der fortschrittlichen Volkspartei, der Abg. Raumann, — die Wahl dieses Sprechers ließ eine geistig bedeutende Rede erhoffen — konnte zunächst mit ziemlich kathekedhaften Ausführungen wenig Interesse erregen, obwohl er sein Spezialgebiet Mitteleuropa behandelte. Umso eindrucksvoller wurde er freilich gegen Schluß, als er Scheidemanns Forderung nach gründlicher demokratischer Neuorientierung mit kraftvollen Worten unterstützte. Der konservativere Redner, Abg. Graf Westarp, sprach verhältnismäßig zurückhaltend, aber doch mit großer sachlicher Schärfe für Annektionen im Westen und gegen jede Neuorientierung in freiweltlichem Sinne. Nach einer unbedeutenden Rede des Abg. v. Helck (Deutsche Fraktion), kam als Redner der soz. Arbeitsgemeinschaft Abg. Haase zum Wort. Genosse Haase legte das Schwergewicht seiner Rede auf die Friedensfrage. Eine Fortführung des Krieges kann zurzeit keiner Macht mehr irgendwelchen Vorteil bringen; es zeigt sich die typische Erscheinung von Koalitionskriegen, daß keine Partei völlig nidergerungen werden kann. Genosse Haase wandte sich dagegen, daß diejenigen, die den Krieg mit

der Parole „Gegen den Zaren“ eröffnet hätten, ihn jetzt am liebsten unter der Devise „Es lebe der Zar“ beendigen möchten. Wenn jetzt von allen Seiten Deutschland als der „Hauptfeind“ bezeichnet würde, so enthülle das deutlich imperialistische Pläne. Der Gedanke einer Verständigung sei den Staatsmännern unsympathisch, weil sie dann mit leeren Händen vor das Volk treten müßten. Die Sozialdemokratie freilich erstrebe keinen materiellen Gewinn, sondern den idealen der internationalen Verständigung, der gleichzeitig eine Quelle materieller Reich-tümer sei. Haase widersprach der Auffassung Scheidemanns über die Kanzlerrede, daß der Kanzler bereit sei, einen Frieden ohne Annektionen abzuschließen.

Damit waren die Sprecher der Fraktionen zu Worte gekommen. Auf die sonst übliche „zweite Garnitur“ hatten die bürgerlichen Parteien verzichtet, so daß sogleich Abg. David (Soz.) als zweiter Redner der Fraktion zu Worte kam. Auch er stimmte darin mit den sozialdemokratischen Vorrednern überein, daß die Friedenssehnsucht allgemein sei, es frage sich aber: Will man auf Grund der heutigen militärischen Lage Frieden schließen oder will man dies erst auf Grund künftiger militärischer Erfolge? Das erste wollen wir, von dem zweiten Entschluß sind unsere Gegner, wie der Redner zeigte, nicht abzubringen. Genosse David wies namentlich auf Englands Schuld am Kriegsausbruch und dem zähen Kriegswillen seiner leitenden Staatsmänner hin. Dennoch sei die Hoffnung an Verständigung nicht aufzugeben. In der jetzigen Situation, da die Hoffnungen der Feinde auf Aushungerung Deutschlands oder gewaltsame Niederwerfung zerschanden geworden sind, sei es dringende Aufgabe, den Friedensfreunden in den feindlichen Ländern, namentlich im Westen, den Rücken zu stärken. Hierzu sei die Erklärung notwendig, daß man keinen Fußbreit Boden von Frankreich begehre und auch die belgische Selbständigkeit nicht antasten wolle. Die Wirkung einer solchen Erklärung würde den Kriegsherrn in Frankreich den Boden entziehen und uns zu dem Ziele führen, für das ein Tausend gestorben ist, zur Pazifizierung des Westens.

Nach Davids Rede lief ein Antrag der bürgerlichen Parteien auf Schluß der Debatte ein, der gegen den Widerspruch des Genossen Haase, der gerne einiges gegen David richtig gestellt hätte, und gegen die Stimmen beider sozialdemokratischer Fraktionen angenommen wurde. Darauf vertagte das Haus seine Beratungen auf Donnerstag 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung steht u. a. die Interpellation Arnstadt (Konf.) über ländlichen Arbeitermangel, Albrecht (Soz.) über die Kartoffelversorgung, sowie Interpellationen der Fortschrittler und des Zentrums über die gleiche Frage.

Berlin, den 11. Oktober 1916.

64. Sitzung. Vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratstisch: Bethmann-Hollweg, Helfferich, v. Jagow, Solf.

Der schnelle Antrag Bernstein (Soz.) auf Einstellung des Strafverfahrens und Aufhebung der Untersuchungshaft gegen den Abg. Dr. Liebknecht für die Dauer der Sitzungsperiode wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen und der Rechten der Geschäftsordnungskommission überwiesen.

Bei dem Gesekentwurf auf Verlängerung der Legislaturperiode des Reichstags auf ein Jahr befragt.

Haase (Soz.) die Notwendigkeit dieses Notbesehls. Schütz-Erfurt (Soz.): Schon im Frieden ist die fünfjährige Legislaturperiode zu lang, Wahlen werden aber jetzt ein ganz schlechtes Bild geben.

Die Vorlage wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso eine entsprechende Vorlage für den esz-lotbringischen Landtag.

Bei dem Gesekentwurf auf Schutz der Bezeichnungen „Nationalstiftung“ und „Marinestiftung“ erklärt

Siebel (Soz.), daß das Reich die großzügige Fürsorge für die Kriegsbeschädigten nicht etwa zum Teil auf Privatbetriebsanstalten abgeben dürfte.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Davon ist gar keine Rede, es handelt sich hier nur um den Namensschutz.

Die Abgg. Wasser-mann (Soz.) und Trendl (Deutsche Frakt.) treten für Kommissionsberatung ein.

Henke (Soz.) glaubt nicht an die Zufügung des Staatssekretärs und erblickt in der Begünstigung der Nationalstiftungs-jammungen eine neue indirekte Steuer.

Präsident Kämpf rügt den Vorwurf gegen den Staatssekretär.

Das Gesek geht an eine Kommission, ebenso das Gerichts-kostengesek.

Es folgt der Bericht des Reichshaushaltsaus-schusses über auswärtige Politik usw.

Wasser-mann (Soz.) betont den vertraulichen Charakter der Verhandlungen. Die allgemeine Kriegslage sei zufrieden-stellend und hoffnungsvoll. Nach eingehender Beratung der U-Boot-Frage hat der Ausschuss erklärt, daß eine Einigung nicht zu erzielen war und deshalb auf eine Beschlußfassung verzichtet wurde.

Der Ausschuss empfiehlt, im Plenum von einer Be-sprechung des U-Boot-Krieges abzusehen, weil eine eingehende Behandlung der Einzelheiten ohne Schädigung der vaterländischen Interessen möglich ist, ohne erschöpfende Behandlung aber volle Verständigung nicht erzielt werden kann. Diesen Beschluß faßte der Ausschuss mit 24 gegen 4 Stimmen. Der Redner schließt mit

Worten des Dankes an die Truppen und der Anerkennung für das Ergebnis der Kriegsanleihe.

Dr. Spahn (Z.) weist auf die neuen Kämpfe und Erfolge unserer Truppen hin. Im Ausschuss wurde eingehend dargelegt, daß ausreichender Heeresersatz zur Verfügung steht. Teuerung und Knappheit sind traurig, aber bei sparsamer Wirtschaft werden wir auskommen. Hindenburg hat die Kriegslage vertrauensvoll beurteilt. In früheren Zeiten war es Aufgabe des Schlachten-fenkers, das feindliche Feldherrnziel zu erobern; jetzt ist Feldherrnziel England. Gegenüber Ostasien und Nordamerika dürfen wir nicht Antipathien und Sympathien maßgebend sein, sondern nur die tatsächlichen Interessen. Das ist mit Recht die Politik des Reichskanzlers. Die Beschlagnahme des Palazzo Venezia, des Sitzes der österreichisch-ungarischen Botschaft beim Vatikan, durch die italienische Regierung ist ein Angriff auf die Unabhängigkeit des Papstes und auf freimaurerische Machenschaften zurückzuführen. Zur Neuorientierung hat sich der Kanzler nicht so ausgesprochen, daß wir dazu Stellung nehmen könnten; wir hoffen aber, daß in Zukunft konfessionelle Verhältnisse bei Belegung von Stellen keine Rolle mehr spielen. (Bravol im Zentrum.)

Scheidemann (Soz.): Nachdem der Reichskanzler am 28. September hier gesprochen hat, haben das deutsche Volk und seine Verbündeten auf den Schlachtfeldern neue Proben ihrer unverwundlichen Lebenskraft abgelegt. Immer wieder erleben wir, daß alle auf geographischen und statistischen Unterlagen auf-gebauten Berechnungen unserer Gegner durch unsere entscheidenden Gegenstöße zerschanden gemacht werden. Beim Eintritt Rus-slands in den Weltkrieg schien den Zentralmächten auf dem jüdischen Kriegsschauplatz eine Katastrophe zu drohen, die die Welt den ganzen Krieg zu ihren Ungunsten zur Entscheidung bringen konnte. Erreulicherweise dürfen wir jetzt wieder aufatmen, die Gefahr ist verdampft, die Hoffnungen unserer Gegner sind wieder einmal getäuscht. Trotzdem geht noch immer durch das gegnerische Ausland eine Welle des Kriegsoptimismus. Solche Stimmungen haben wir bei uns zulande zur Genüge durchgemacht. Mühen und drüben folgen Zeiten der heftigen Hochspannung, Zeiten der Depression. Es gibt eben zu viel Neurauffrischer in der Welt (Sehr gut!) und überall finden sich solche mehr hinter der Front als in der Front. (Sehr wahr!) Geht es draußen gut, dann beginnen die Neurauffrischer nach neuen Grenzen zu schauen, geht es nicht so gut, so laufen sie aufgeregt herum und zerbrechen sich die Köpfe, was sie nun anfangen können, um dem Vaterland am schnellsten wieder auf die Beine zu helfen. (Hetter-keit.) So ist es auch heute. Die Kriegseinstellung ist eine nur allzu begreifliche Erscheinung. Ihre Opfer sind zumeist ganz brave Leute (Sehr richtig), aber wehe dem Lande, das sich von ihr regieren läßt. (Sehr Zustimmung bei den Soz.) Wenn über dem Ansturm eines fessellosen Fanatismus gilt es seine Nerven zu behalten. Im Kriegsrat dürfen nicht diejenigen recht behalten, die am lautesten schreien. Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß Streitigkeiten zwischen Staaten nicht durch brutale Gewalt, sondern durch internationale Ver-träge geschlichtet werden sollen. Solche Verträge sind natürlich nur dann von Wert, wenn der Wille zur Vertragstreue auf beiden Seiten vorhanden ist. (Sehr richtig.) Darum sind wir auch der Überzeugung, daß getroffene Abmachungen gehalten werden müssen. Einige Ereignisse der jüngsten Zeit veranlassen mich, etwas hinzuzufügen. Ich meine, daß die Politik die Kriegs-führung bestimmen muß und sich nicht von der Kriegsführung be-stimmen lassen darf. Die Reichsleitung darf sich nicht vor voll-endete Tatsachen stellen lassen. Die Friedensausrichtungen stehen in diesem Augenblick schlecht, niemand kann das bestreiten. Aber auch drüben ist es nur die grenzenlose Ueberreibung errungenen Erfolges, die Vorpregung unerreicher Kriegsziele, die die Kriegsmüdigkeit immer wieder verbrennt. Wir kennen das auch. Wir wissen, daß sich das Herabstimmen hochgepannter Hoffnun-gen umso schwerer ertragen läßt, je häufiger es sich wiederholt. Es bleibt uns nichts übrig, als abzuwarten, was kommt. Hoffen wir, daß die Ernüchterung kommt, die nützlichste Einsicht in dem Stand der Dinge, daß die Vernunft auf beiden Seiten kommt. Der Vernunft in diesem Chaos zum Siege zu verhelfen, haben wir vor allem als unsere erste Aufgabe betrachtet. Wir haben die Stärke unserer Gegner nie unterschätzt, wir haben uns nie darüber getäuscht, daß wir diesen Krieg, selbst wenn er von diesem oder jenem als Eroberungskrieg gewollt wäre, in Wirklichkeit nur als Verteidigungskrieg geführt haben, das der erfolgreiche Schutz des Landes das Höchstmaß der Leistungen ist, das von unserem Volke verlangt werden kann, daß er aber auch das Mindestmaß dessen ist, was erreicht werden muß, wenn das deutsche Reich nicht einem dunklen Schicksal erliegen soll. (Sehr wahr!) Als wahnhaftig er-schienen uns gewisse Pläne, von denen augenblicklich ersichtlich-weise gar nicht mehr die Rede ist, von denen auch öffentlich nicht wieder die Rede sein wird. Das Vertrauen zu unserem Volke, daß es sich behaupten würde in dieser schwersten Prüfung, die einem großen Volke überhaupt bechieden werden kann, hat in unsern Herzen keinen Augenblick geschwankt. (Bravo!) Welt-Strand und Lloyd George Krieg bis zum Ende predigen, kann der Reichskanzler, so sagt man, jetzt nicht vom Frieden sprechen. Aber wir können es, wir sprechen es laut und offen aus, daß das Volk den Frieden will. Ich spreche das als deutscher Sozialdemo-krat vom deutschen Volke aus, aber genau so gut könnte es ein Franzose vom französischen Volke, ein Engländer vom englischen Volke, ein Russe vom russischen Volke sagen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Wenn in irgend einem Lande das Gegenteil davon gesagt wird, so ist das Lug und Trug, Kriegsschwindel. (Sehr richtig bei den Soz.) Alle Völker haben es satt, sich durch immer neue glänzende Versprechungen in die Vernichtung locken zu lassen. Die Franzosen wissen nicht und werden es wahrscheinlich auch diesmal nicht erfahren, weil die Zensur es nicht durchläßt, daß die Befreiung ihres Landes sowie Belgiens von den deutschen Truppen heute schon haben könnten, ohne weiteren Mutstropfen zu opfern, ohne einen Fußbreit Boden zu verlieren. (Sehr, Sehr

In den Krieg eingetreten, um irgend etwas von Belgien oder Frankreich zu erobern. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man kennt in Frankreich offenbar das Telegramm des Fürsten Bismarck nicht, in dem es heißt „da wir weder Frankreich zerstören, noch Gebietsstücke erobern wollen“ (Hört, hört! b. d. Soz.), ebensowenig wie das Telegramm unseres Kaisers an König Georg vom 1. August 1914: „Wenn mir Frankreich seine Neutralität anbietet, die durch die englische Armee und Flotte garantiert werden muß, werde ich natürlich von einem Angriff auf Frankreich absehen. Soffentlich wird Frankreich nicht zerstört, meine Truppen werden gerade telegraphisch und telephonisch abgehalten, die französische Grenze zu überschreiten.“ (Hört, hört! b. d. Soz.) Danach ist die Legende von dem deutschen Ueberfall auf Frankreich unmöglich ausgedrückt zu erhalten. Ferner beweist die „Humanität“ vom 1. August 1914, daß die französische Regierung den Mahnungen Jaures in letzter Stunde nicht gefolgt ist, der als den einzigen Weg den Frieden zu retten bezeichnete, die französische Regierung müsse in Petersburg mit rückstuflosem Nachdruck darauf einwirken, daß sich Rußland zur Verständigung bereit findet. (Hört, hört!) Bevor Jaures seine Absicht durch einen Appell an die Öffentlichkeit in der Humanität, sein Ziel zu erreichen, ausführen konnte, wurde er ermordet. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir halten fest an dem Ziele, wofür Jaures gestorben ist, an der Pazifizierung des europäischen Westens. Die Frage der Neuorientierung ist in der Tat eine Gegenwartsfrage. Die psychologische Kraftquelle, auszuharren, wird bedroht, wenn die Neuorientierung jetzt eintritt. Scheidemann hat nichts gefordert, was nicht schon in Ländern mit konstitutioneller Monarchie wie z. B. Dänemark erfüllt wäre. Aber die Herren von der Rechten wollen ja nur einen Scheinstitutionsnationalismus, bei dem der Satz gilt: „Der König absolut, wenn er unseren Willen tut.“ (Sehr wahr! b. d. Soz.) Eine Enttäuschung in der Frage der Neuorientierung würde zu den gewaltigsten Kämpfen in Deutschland führen. Die Aufgaben nach dem Kriege sind so gewaltig, daß sie nur mit freudiger Mithilfe der Arbeiterschaft gelöst werden können. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Das Ziel der Annäherung der europäischen Völker zu einer engeren Kulturgesellschaft darf beim Friedensschluß nicht aus dem Auge gelassen werden. Die Menschheit muß dahin kommen, durch eine Rechtsordnung zwischen den Völkern Sicherheiten gegen neue Katastrophen wie diesen Krieg zu schaffen. Die gehorsame Schule dieses Krieges wird Millionen von Herzen neu für das Ideal eines solchen Friedens gewinnen, dann endlich wird der Tag kommen, wo das Wort Friede auf Erden Wahrheit wird. (Lebh. Beif. b. d. Soz.) Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Soz. Arb. angenommen. Abg. Haase (Soz. Arb.) erklärt, es sei ihm dadurch unmöglich gemacht, unzrichtige Ausführungen des Vorredners über die Vorgeschichte des Krieges richtig zu stellen. Das Haus verläßt sich. Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr. Interpellation zur Kartoffelfrage. Antrag des Ausschusses auf Tagung des Reichshaushaltsausschusses während einer Vertagung des Reichstags zur Beratung von Fragen der auswärtigen Politik. Schluß 6 1/2 Uhr.

Mus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, 12. Oktober.

Die Schlüsselgewalt der Ehefrau. Ein für die Ehegatten besonders wichtiger Paragraph ist der § 1357 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der die sogenannte Schlüsselgewalt der Frau behandelt. Hiernach ist die Frau berechtigt, innerhalb ihres häuslichen Wirkungskreises die Geschäfte des Mannes für ihn zu besorgen und ihn zu vertreten. Rechtsgeschäfte, die sie innerhalb dieses Wirkungskreises vornimmt, gelten als im Namen des Mannes vorgenommen, wenn nicht aus den Umständen sich ein anderes ergibt. In den häuslichen Wirkungskreis fallen alle regelmäßig für die Führung des gemeinschaftlichen Haushaltes im gewöhnlichen Laufe der Dinge erforderlicher Geschäfte. Es gehört dahin nicht allein der Einkauf der Lebensmittel, sondern auch die Anschaffung der notwendigen Kleidungsstücke für die Frau und Kinder, die Beschaffung der Schulbücher für die Kinder, die Ergänzung des Hausinventars, dahingegen nicht das Mieten der gemeinschaftlichen Wohnung. Die Schlüsselgewalt bezieht sich also nur auf solche Geschäfte, die nach Maßgabe der gesamten Lebensführung der Gatten zum häuslichen Wirkungskreis der Frau gehören. Die Anschaffung von Schmuckstücken, eines zweiten Kleides usw. durch die Ehefrau eines Arbeiters fällt nicht unter die Schlüsselgewalt und der Mann kann Zahlung verweigern. So kaufte einmal die Frau eines Zimmerers ein halbes Duzend Hemden und Unterbeinkleider a 7,50 Mk. das Stück. Das Amtsgericht Halle wies die gegen den Ehemann gerichtete Klage der Firma deshalb ab, weil der Mann für solche teuren Wäscheartikel nicht aufzukommen habe. Würden die Hemden und Unterbeinkleider aber etwa 3 bis 4 Mk. das Stück gekostet haben, dann wäre der Mann zur Zahlung verurteilt worden. Im Anschluß hieran können die Frauen nicht dringend genug gewarnt werden, sich nicht mit herumreisenden Vertretern auswärtiger Firmen einzulassen und teure Kleidungsstücke, Wäsche, Silber, Bücher usw. zu bestellen. Die Folge ist in der Regel Ärger und Verdruß.

Der Ehemann hat nun aber auch das Recht, die Schlüsselgewalt der Frau zu beschränken oder ganz auszuschließen. Der Mann ist der Frau gegenüber nur dann befugt, das ihr gesetzlich zustehende Verfügungsrecht aufzuheben oder einzuschränken, wenn ihn besondere Umstände (Verschwendung, törichte Einkäufe seitens der Frau usw.) dazu berechtigen, andernfalls würde darin eine ungerechtfertigte Schmälerung der Rechte und eine Kränkung der Frau liegen. Die Beschränkung bzw. Ausschließung muß ins Güterrechtsregister des Amtsgerichts eingetragen werden. Die Frau kann sich dagegen beschwerdeführend an das Amtsgericht wenden. Ist die Beschränkung der Schlüsselgewalt nicht in das Güterrechtsregister eingetragen, dann wirkt sie einem Dritten gegenüber nur, wenn sie ihm bekannt war. Hat der Mann z. B. dem Kaufmann mündlich mitgeteilt, seiner Frau nichts mehr zu borgen, so genügt das. Hat der Mann aber ein Zeitungsinserat erlassen, wonach er warnt, seiner Frau etwas zu borgen, da er Zahlung nicht leistet, so muß er im Streitfalle beweisen, daß dem Kaufmann das Inserat bekannt war, sonst schüßt ein solches Inserat keineswegs.

Durch den Eintritt in das eheliche Verhältnis wird die Frau in der selbständigen Ausübung ihrer Erwerbstätigkeit an sich nicht beschränkt. Die Frau bedarf deshalb von Betrieb eines Gewerbes oder Handelsgeschäfts nicht der Einwilligung des Mannes, ebensowenig zum Abschluß von Arbeitsverträgen. Nur wenn die persönliche Arbeitsverpflichtung die ehelichen Interessen gefährdet, hat das Vormundschaftsgericht auf Antrag des Mannes diesen zu ermächtigen, das Arbeitsverhältnis kündigungsfrei zu lösen. Hat der Ehemann der Uebernahme der persönlichen Verpflichtung vorher aber zugestimmt, dann ist der Arbeitsvertrag auch für ihn bindend.

Erweiterung des Gaswerkes. Der Bürgerausschuß hatte sich gestern mit einem Senatsantrage zu beschäftigen, in dem ausgeführt wird: Die Leistungsfähigkeit der Gaswerke einschließlich der Möglichkeit des Bezuges von Koksengas bedarf nach einem Bericht der Betriebsbehörde dringend einer weitgehenden Aufbesserung, nachdem die Gesamtgasabgabe bereits im Jahre

Der amtliche Kriegsbericht

W.B. Großes Hauptquartier, 12. Okt. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Beiderseits der Somme nahm die Schlacht ihren Fortgang. An der ganzen Front zwischen Ancre und Somme entfaltet die Artillerie große Kraft. Infanterieangriffe der Engländer nordöstlich von Thiepval sowie aus der Linie Le Sars-Guendecourt sind meist schon im Sperrfeuer gescheitert. Gegen Abend setzten an der Front Morval-Bouhavesnes starke Angriffe ein, die bis in die frühen Morgenstunden fortgesetzt wurden. Gegen die Stellung des Infanterieregiments Nr. 88 und des Reserve-Infanterie-Regiments Nr. 76 bei Sully stürmte der Feind sechsmal an. Alle Anstrengungen waren vergebens. Unsere Stellungen sind restlos behauptet.

Südlich der Somme ging der Kampf zwischen Genermont-Chaulnes weiter. Mehrfache französische Angriffe wurden abgelehnt. Die heiß umstrittene Zuderfabrik bei Genermont ist in unserem Besitz. Im Dorfe Ablaincourt entspannen sich erbitterte Häuserkämpfe, die noch im Gange sind.

Westlicher Kriegsschauplatz. Keine wesentlichen Ereignisse.

Kriegsschauplatz in Siebenbürgen. Im Marostal hielt der Feind dem umfassenden Angriff nicht stand. Auch weiter nördlich beginnt er zu weichen. Er wird auf der ganzen Ostfront verfolgt.

Die zweite rumänische Armee ist in die Grenzstellungen zurückgeworfen. In den Gebirgskämpfen der beiden letzten Tage sind 18 Offiziere und 639 Mann, ein 10-Zentimeter-Geschütz, 5 Maschinengewehre, viel Munition und Gewehre in unsere Hand gefallen.

Feindliche Vorstöße beiderseits des Vulkan-Passes wurden abgelehnt.

Balkan-Kriegsschauplatz. Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

Die Lage ist unverändert.

Mazedonische Front.

Zahlreiche feindliche Angriffe an der Cerna sind gescheitert. Westlich und östlich des Wardar machte der Gegner erfolglose Vorstöße.

Der Erste Generalquartiermeister Lubendorff.

1915/16 den Betrag von 12 223 120 Kubikmeter erreicht hat und da nach den vorliegenden Unterlagen mit Sicherheit anzunehmen ist, daß die Gasabgabe weiterhin erheblich steigen, namentlich aber die höchste Tagesabgabe schon im laufenden Jahre eine Höhe erreichen wird, der die vorhandenen Einrichtungen nur schwer zu genügen vermögen. Um den steigenden Anforderungen rechtzeitig entsprechen zu können, empfiehlt die Betriebsbehörde nach einem Vorschlag von Direktor Haase: 1. eine zweite Gasabdruckleitung für Koksengas, ausgehend vom Hochofenwerk zunächst bis zur Gasbehälterstation in Schwartau herzustellen und 2. der Erweiterung des Gaswerks II in dem von Direktor Haase ausgeführten Umfange sofort näherzutreten. Aus seiner Zustimmungserklärung der Hochofenwerk Lübeck Aktiengesellschaft ist zu ersehen, daß der Vorstand der Gesellschaft bereit ist, die Leuchtgasgewinnungsanlagen baldmöglichst derart auszubauen, daß jederzeit 30 000 Kubikmeter Gas zu den bisherigen Bedingungen von den Gaswerten bezogen werden können, jedoch mit der Maßgabe, daß die Höhe der Entnahme je nach der Jahreszeit zwischen 20 000 und 30 000 Kubikmeter in 24 Stunden schwanken darf. Die Kosten der Arbeiten unter 1. sind auf 263 700 Mk., der unter 2. bezeichneten auf 800 000 Mk. veranschlagt. Die Betriebsbehörde hat deren Bereitstellung beantragt. Der Senat stellt einen entsprechenden Antrag und ordnet an, daß die Finanzbehörde ermächtigt werde, im Einvernehmen mit der Betriebsbehörde die erforderlichen Mittel zu besorgen, und zwar, soweit sie nicht dem Erneuerungsfonds der Gaswerke entnommen werden können, aus Anleiheemitteln. Der Bürgerausschuß beschloß, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission zu verweisen, in die Boie, Burwid, Heise, Hoff und Thode gewählt wurden.

Der Arbeiter-Turnverein Lübeck hält Freitag abend in seinem Vereinslokal, Hundestraße 41, seine Generalversammlung ab. Es ist notwendig, daß auch die älteren Mitglieder vollständig erscheinen, denn zur Beratung stehen wichtige innere Vereinsangelegenheiten, die die Existenz des Vereins betreffen. Gerade jetzt, wo die meisten Turngenossen im Felde stehen, ist es Ehrenpflicht der noch hier am Orte Befindlichen, dafür zu sorgen, daß der Verein die schwere Zeit des Krieges zu überwinden imstande ist.

Bestrafung Landkurmpflichtiger und Militärpflichtiger und zur Arbeit entlassener Dienstpflichtiger. Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand wird vom stellvertretenden Generalkommando bestimmt: 1. Landkurmpflichtige und Militärpflichtige, welche sich gemäß §§ 102, 25 W.-O. nicht zur Stammrolle anmelden, 2. diejenigen, welche von ihrer Truppe oder Dienststelle zur Beschäftigung in einem Zivilberuf entlassen, diese nicht sofort aufnehmen oder nach Niederlegen der Arbeit sich nicht sofort beim zuständigen Bezirkskommando melden, werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe androhen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Wegen Milchverfälschung stand am Dienstag der Milchhändler Brück aus Echtorf vor dem hiesigen Schöffengericht. Nach eigenem Geständnis hat der Angeklagte wiederholt Vollmilch mit einem Drittel abgerahmter Milch vermischt und diese Mischung dann als Vollmilch verkauft. Nach Ansicht des Gerichts hat Brück diese Milchverfälscheri schon längere Zeit betrieben; dennoch lautet das Urteil nur auf 400 Mk. Geldstrafe.

Maßregeln zur Sicherung der Marmeladenerzeugung. Der Präsident des Kriegsernährungsamtes hat die zuständigen Behörden ersucht, Tafeläpfel von der angeordneten Beschlagnahme der Äpfel freizugeben und dabei bestimmt, daß als Tafeläpfel ausschließlich gepflückte, sortierte, in festen Gefäßen verpackte Äpfel anzusehen sind. Wo Tafeläpfel ohne besondere Verpackung ortsüblich in Kähnen verladen werden, kann die untere Verwaltungsbehörde diese ausnahmsweise als Tafeläpfel anerkennen. Zugleich hat der Reichskanzler für gepflückte und sortierte Tafeläpfel einen Erzeugerhöchstpreis von 7,50 Mark für gepflückte Tafeläpfel einen solchen von 12 Mark vorgegeben. Beim Verkauf durch den Kleinhandel erhöhen sich diese Preise um 5 Pf. für den Zentner. Die Spannung ist abichtlich gering bemessen, damit die Äpfel nicht dem Kleinhandel, sondern der Industrie zugeführt werden. Um den Verhältnissen einer angemessenen Uebergangszahl Rechnung zu tragen, ist gleichzeitig bestimmt, daß dieser Kleinhandelspreis erst am 13. Oktober in Kraft tritt. Die Preisbestimmungen finden ihre Ergänzung in einer in der Verordnung vorgesehenen Enteignungsbesugnis bezüglich solcher Obstes. Diese Maßnahmen waren neben der Aufrechterhaltung der Beschlagnahme der Äpfel und Wirtschaftäpfel unvermeidlich, weil die Anlieferung von Äpfeln für die Marmelad-

herstellung noch weit hinter dem Bedarf zurückbleibt. Es ist noch nicht einmal der Rohstoff für den Heeresbedarf an Marmelade, geschweige denn für den Bedarf der Groß- und Industriestädte, sichergestellt. Diese Sicherstellung ist aber unbedingt notwendig, damit nicht bei der herrschenden Fettknappheit unmittelbar unerträgliche Zustände im nächsten Winter eintreten. Es ist bedauerlich, daß die Bevölkerung wenig oder gar keine Wirtschaftskraft für den eigenen Gebrauch erhalten kann, sie muß aber verzichten, da die höheren allgemeinen Interessen vorzugehen haben. Es ist zu hoffen, daß durch Anordnungen der Landeszentralbehörden auch die noch fehlende Äpfelmenge bald aufgebracht wird.

Die öffentlichen Freibadanstätten „Fallenwiefe“ in der Vorstadt St. Jürgen, „Mari“ in der Vorstadt St. Gertrud, „Finkenberg“ in der Vorstadt St. Lorenz und die Baderanstalt „Moislina“, werden für dieses Jahr am Freitag, dem 13. d. Mts. abends geschlossen.

Der Kartoffelzusatz im Roggenbrot bleibt. Durch die Blätter ging eine Meldung, die die Wiedereinführung eines reinen Roggenbrotes in Aussicht stellte, da einerseits genügende Reserven an Roggen und Roggenmehl vorhanden seien, andererseits mit einer Knappheit an Kartoffeln gerechnet werden müsse. In der Berliner Väterkammer sollten bereits Mitteilungen darüber gemacht worden sein; und zum weiteren Belege wurde ein Bescheid des Kriegsernährungsamtes angeführt, der im Juni auf eine Beschwerde eines Hermsdorfer Bürgers erteilt worden war und Mitteilung von Erwägungen machte, die damals über den Wegfall des Kartoffelzusatzes zum Brot im Gange waren. Um keine Irrtümer aufkommen zu lassen, muß darauf hingewiesen werden, daß jener Bescheid vom 26. Juni inzwischen veraltet ist. Der Kartoffelzusatz bleibt. Es hat sich nicht als zweckmäßig erwiesen, ihn in Fortfall zu bringen.

Vorträge der Oberschulbehörde. Wir machen auch an dieser Stelle darauf aufmerksam, daß am Mittwoch, dem 18. d. Mts., Herr Professor Anthes in der Aula des Johanneums seine Vortragsreihe über Friedrich Hebel beginnen wird. Die Vorträge fangen um 8 1/2 Uhr an. Das Nähere ist aus den Inseraten in den Zeitungen und aus den öffentlichen Anschlägen zu ersehen.

pb. Wer ist der Eigentümer? Von einem Bürgerwehrmann wurde am 8. d. M. eine Riste mit 16 Dosen Seifenwaschpulver auf der Straße Beim Retisch liegend aufgefunden. Wahrscheinlich rührt diese Riste von einem Diebstahle her. Der Eigentümer wird ersucht, sich im Fundbüro zu melden.

pb. Leichenfund. Vorgestern wurde in den Wäldungen zwischen Schlutup und Firseldorf in dem sog. Lehnholz das Gerippe einer ausgewachsenen männlichen Leiche gefunden. Soweit sich feststellen ließ, ist der Verstorbene von mittlerer Größe gewesen. Kleiderüberreste lassen erkennen, daß der Verstorbene schwarzen Reifen Filzhut mit Luftschirm im Scheitel, dunklen Stoffanzug, graue wollene Strümpfe und kurze Schnürschuhe getragen hat. Als einziges, besonderes Erkennungszeichen sei erwähnt, daß der Verstorbene zwei goldplombierte linke untere Backenzähne hatte. Da in unmittelbarer Nähe des Gerippensfundortes ein fünfjähriger Revolver gefunden wurde, ist anzunehmen, daß sich der Mann schon vor einigen Jahren selber entleibt hat. Personen, die sachdienliche Angaben über die Persönlichkeit der Leiche machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

Opera-Theater. Aus dem Theater-Bureau schreibt man uns: Donnerstag und Freitag finden zwei Aufführungen von „Rote Rosen“ statt. Sonnabend, den 14. Oktober, findet die Erstaufführung von „Mariatje singt“ statt.

Genin. Das vierte Opfer der Bilzvergiftung. Leider ist nun auch die Frau des Arbeiters Maus in Jissau als das vierte Opfer des bereits gemeldeten Ertrankungsfalles an Bilzvergiftung erlegen. Bei den beiden noch erkrankten Kindern des Zimmermanns Langbehn soll keine Lebensgefahr mehr bestehen.

Brech. 50 Hühner abgeschlachtet. Diebe haben in Postfeld reiche Beute gemacht. Auf der Hufe der Witwe Rohweder haben sie im Hühnerstall 50 Hühner abgeschlachtet und mitgenommen. Nur 16 Köpfe haben sie im Stall liegen lassen. Der Schade dürfte sich auf 500 Mk. belaufen.

Kiel. Neuwahlen von zehn Stadtoberordneten. Aus dem Stadtoberordnetenkollegium scheiden aus infolge Ablaufs ihrer Wahlzeit die bürgerlichen Stadtoberordneten: Fabrikant Andrees, Kaufmann Möller, Rentner Schmidt und Werftbesitzer Kolbe, ferner die Genossen Adler und Breccour. Infolge der in der Magistratsitzung vom 5. Oktober erfolgten Auslosung scheidet weiter aus die Genossen Trost und Haß. Von den acht Ergänzungswahlen sind in jedem der Wahlbezirke I bis IV zwei Wahlen vorzunehmen; außerdem hat im Wahlbezirk I die Erziehungswahl für den verstorbenen Stadtoberordneten Bezirksarzt Rodewald und im Wahlbezirk III die Erziehungswahl für den vorzeitig ausgeschiedenen Genossen Wibebrandt stattzufinden. Die Neuwahlen finden im Laufe des Monats November statt.

Krempe i. Hoff. Geizige Märschbauern! Im Anzeigenteil des „Kremper Märschboten“ veröffentlicht Bürgermeister Ruhe folgendes: „Opfertag für die deutsche Flotte. Der Opfertag für unsere blauen Jungen hat reichlich 500 Mark gebracht. Dies ist ein glänzendes Resultat. Lobend zu erwähnen und wirklich anzuerkennen ist es, wenn Kriegerfrauen und Arbeiter in den Herbergen 1 Mari gestiftet haben. Andererseits ist es betäubend und beschämend, wenn reiche Hofbesitzer nicht zu bewegen waren, dieien gleich zu tun oder auch das Geringste zu spenden. Glauben diese etwa, daß die Damen, die in dankenswerter Weise in dieser Sache tätig waren, bezahlt erhalten? Wissen sie nicht, daß die einkommenden Gelder verwendet werden für Invaliden, Witwen und Waisen unserer deutschen Flotte, und es läßt sie kalt, daß die Helden von Slagerrak auch ihren Besitz, ihr Vermögen, ihr Leben geschützt und verteidigt haben? Die deutsche Sprache ist nicht reich genug, ein solches Verhalten passend zu bezeichnen. Ich möchte Namen nennen, und dies läge gewiß im Interesse vieler wohlhabender Grundbesitzer; denn durch das schmutzige, herzlose Verhalten Einzelner kommt gar leicht der ganze Stand in Mißkredit. Daher Front machen! An den Pranger mit diesen geizigen und vaterlandslosen Menschen, denen wäre zu wünschen, daß ein Regiment Kosaken ihnen mal die Leiden des Krieges in vollem Umfang vor Augen stellte. Namen nennen? Doch nein! Ich will nur folgendes anführen: Einer der reichsten Hofbesitzer, ganz in der Nähe der Stadt, hat nach langem Sträuben 10 Pfg. gestiftet. 10 Pfg.! Ein anderer hat den Namen erklart, er könne die Hände nicht aus der Tasche kriegen. Als es nachher doch der Fall gewesen und er wieder gefragt wurde, hat er geantwortet: Mi gin of feeter wat! Daß jemand, der zu Anfang des Krieges erklärte, er wolle, wenn der Krieg noch länger dauere, seinen Hafer „grün“ abmachen, um ihn nicht an die Militärverwaltung abliefern zu brauchen, der für die Kriegsangelegenheit keinen Groschen übrig hatte, auch für diese Sache nichts stifft, ist selbstverständlich. Wenn solche Leute sich nicht schämen, eine Ausnahme zu bilden, dann sollte man ihnen diese auch im Verkehr zutommen lassen. Ich lache nochmals: An den Pranger mit ihnen!

Kostof. Sechzehn Pfennig für ein Ei sind Buherpreise, so hat ein medlenburgisches Gericht entschieden. Vor der Kostoder Strafkammer hatten sich vor einigen Tagen zwei Eierhändler wegen Wuchers zu verantworten, weil sie an ihre Kunden das Ei mit 16, bezw. 18 Pfg. verkauft hatten. Der Eierhändler, der den — in Mecklenburg — unerhörten Preis von 16 Pfg. für ein Ei gefordert hatte wurde zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt, der andere, der nach Templin und Döberitz Eier zu 18 Pfg. pro Stück geliefert hatte, wurde freigesprochen, da die Sache nicht getätigt zu sein schien. — Glücklich Mecklenburg, wo noch Eier unter 16 Pfg. zu kaufen sind!

Soziales.

Eine kleine Probe auf die Neuorientierung. In Breslau ist ein reicher liberaler Kaufmann namens Hermann Luerbach gestorben und hat über die Hälfte seines 3 1/2 Millionen Mark betragenden Nachlasses der Stadtgemeinde vermacht. 450 000 Mark davon sind für eine Waisen-Erziehungsanstalt bestimmt, und hier wollte der Erblasser die Probe machen, ob wirklich nach dem Kriege eine etwas freiere Luft in der preussischen Aufsichtsbürokratie wehen würde. Er bestimmte deshalb, daß das Geld nur dann für das Waisenhaus verwendet werden soll,

wenn statt des Unterrichts in einem speziellen Religionsbekenntnis nur die Grundzüge der allgemeinen Sittenlehre, der Humanität und der Duldsamkeit, welche allen in Deutschland vorhandenen Religionen gemeinsam sind, gelehrt werden.

Obwohl die letzte Verwendung des Geldes zu haben scheint, die Richtlinien dem Ministerium „für Kirchen und Schulen“ etwas schmachtig zu machen, hat der Testator doch an dem kleinen Fortschritt ganz erheblich gezeifelt. Deshalb stellt er die Forderung, daß 28 Jahre lang, also bis zum Jahre 1944, der Magistrat um die Errichtung der Anstalt petitionieren soll. Für den Fall, daß die aufsichtsbehördliche Genehmigung ausbleibt, bestimmte er folgende Verwendung des Betrages:

250 000 Mark für Kleinwohnungen, 50 000 Mark für Lehrlings- und Jugendheime, 30 000 Mark für Erziehung bedürftiger Kinder über die Leistungen der Armenpflege hinaus, 50 000 Mark für Förderung der Siedlungsfrage, 50 000 Mark für Einrichtungen, die geeignet sind, das Leben der jungen Menschen beiderlei Geschlechts besser, gesünder, überhaupt erfreulicher zu gestalten — nach dem Ermessen des Magistrats, 20 000 Mark für Säuglingsheim und Siedlungshaus. Dabei sollen die 250 000 Mark nach der Ablehnung in 28 Jahren, das übrige aber nach einmaliger Ablehnung durch die Aufsichtsbehörde verwendet werden.

Das Testament scheint anzudeuten, daß man eine sehr menschenfreundliche, hochherzige Gesinnung haben kann, auch wenn man auf keine der bestehenden Religionen eingeschworen ist. Ob das preussische Kultusministerium ihm das glauben wird?

Einen Hymnus an das Schwein

veröffentlicht die Deutsche Kriegszeitung in Baranowitschi.

Du Lichtgestalt aus längst entschwundenen Zeiten,
Du lachendes, königliches Vieh,
Es wird dein Bild durch alle Ewigkeiten
Im Herzen uns verblissen nie!

Du mit dem menschlich-seelenvollen Blicke,
Du mit der Schwärze horstig-fettem Glanz,
Der Rosenzinauge und dem fetten Gnide,
Du mit dem ledernen Ringelschwanz!

Du Sinnbild alles unerreichbar Schönen,
Von Unverstand und Uebermut belacht,
Mit deinem Grunzen hohen Wundertönen
Hast du die Welt zum Paradies gemacht!

Nun suchst die Spur vor deinen Erdentagen
Bergauf, talab vergebens man im Land,
Überall, wo Düngerhaufen ragen,
Bergib, daß man — ein Schwein dich einst genannt!

Es will mich, ach, ein wild Verzweifeln packen
Und meine ganze Ruhe ist nur Schein,
Denk ich an deine holden Hinterbacken
Und an dein ungefühltes Bein.

Du köstliche, du quietend süße Labe,
Du einer Welt erstarrter Sehnsuchtschrei,
Komm an mein Herz, daß ich dich wieder habe,
Wie einst im Mai.

Genossenschaftsbewegung.

Staffung der Lebensmittelpreise nach dem Einkommen der Käufer. Die schwere Not der Kriegszeit, die durch die lange Dauer immer mehr verschärft wird, hat allerlei Maßnahmen gezeitigt, die darauf hinauslaufen, den großen Massen der unbemittelten Volksschichten die Möglichkeit zu geben, sich mit verhältnismäßig billigen Nahrungsmitteln zu versehen. Unter diesen Maßnahmen finden wir auch die von den Stadtverwaltungen nach dem Einkommen abgestufte Festsetzung der Lebensmittelpreise. Es soll nicht mehr, wie bisher im Handel, ein einheitlicher Preis für alle Käufer ohne Ansehen ihrer wirtschaftlichen Lage gelten, sondern der Preis soll sich nach der Zahlungsfähigkeit des Käufers richten. Unseres Wissens ist die Stadt Bremen die erste gewesen, die dies System eingeführt hat. Sie gab nämlich Karten „für verbilligte Lebensmittel“ aus, worauf Lebensmittel (Kartoffeln, Fett, Fleisch, Gemüse, Reis, Grieß und Hülsenfrüchte) zu einem erheblich billigeren Preise, als im privaten Handel, vertrieben werden. Die Preisherabsetzungen sind ganz bedeutend, teilweise bis zu 50 %. Bezugsberechtigt sind alle Haushaltungen, die lediglich auf Unterstützung durch das Reich oder das Rote Kreuz angewiesen sind oder deren Durchschnittswochenverdienst 25 Mk. nicht übersteigt. Bei der ersten Verteilung im November 1915 sind rund 70 000 Karten ausgegeben worden. Inzwischen ist eine Neuordnung vorgenommen worden. Danach wird die Bevölkerung nach dem Einkommen in vier Gruppen eingeteilt. Eine vierköpfige Familie bis 1500 Mark Jahreseinkommen zum Beispiel gehört zur ersten Gruppe, eine gleiche Familie bis 2500 Mark zur zweiten Gruppe usw. Der Preis der Lebensmittel wird nach den Gruppen abgestuft. Neuerdings hat auch der Kriegsausgleich für Konjunkturinteressen in Hamburg-Altona in einer Eingabe an den Hamburger Senat, sowie an die Stadtverwaltungen in Altona, Harburg, Wandsbek und Bergedorf eine ähnliche Stafflung bean-

tragt. Er schlägt drei Gruppen vor, und für die Zuteilung zu einer Gruppe soll das Einkommen des Haushaltungsvorstandes und die Zahl der von ihm zu unterhaltenden Personen maßgebend sein. Der regelmäßige Einheitspreis gilt für die Angehörigen der obersten Gruppe, die Angehörigen der anderen Gruppen bekommen entsprechende Ermäßigung. Der Gedanke, der der Stafflung der Lebensmittelpreise nach dem Einkommen zugrunde liegt, ist zweifellos sehr beachtenswert, und es erscheint deshalb auch erklärlich, daß ihm das Kriegsernährungsamt wohlwollend gegenübersteht. Seine Verwirklichung bietet allerdings große Schwierigkeiten, wie sie jede mechanische, tabellenmäßige Regelung der Lebensmittelverteilung natürlicherweise mit sich bringt, aber diese Schwierigkeiten müssen überwunden werden, und sie werden auch bei einigermaßen gutem Willen überwunden werden. Die Berechnung der verschiedenen Karten auf die einzelne Karte des Käufers und die Abrechnung mit den Stadtverwaltungen wird den Händlern viel Arbeit machen, und manche Händler und Händlerinnen werden sich kaum hindurchfinden können. Die Konsumvereine sind bereit — und auch imstande — zur Durchführung des neuen Systems an ihrem Teile mitzuwirken. Ihr Verkaufspersonal weiß ohnehin mit Marken Bescheid und wird sich auch in dies neue Markensystem leicht hineinfinden. Da sich die Konsumvereine bewußt und planmäßig in den Dienst einer von sozialen Gesichtspunkten aus geleiteten Lebensmittelversorgung gestellt haben, so sind sie die berufenen Träger dieser neuen sozialen Fürsorge für die minderbemittelten Volksschichten.

Neueste Nachrichten.

Basel, 11. Oktober. Nach den „Baseler Nachrichten“ hat ein feindlicher Flieger gestern abend 11 1/2 Uhr Lörrach überflogen und vier Bomben in der Nähe des Bahnhofs und inmitten der Stadt abgeworfen. Drei Personen wurden getötet, darunter der Medizinalrat Dr. Grether.

Verlustlisten.

Erschienen sind:
Preussische Verlustliste Nr. 656.
Bayerische Verlustliste Nr. 307.
Sächsische Verlustliste Nr. 341.

Die Verlustlisten sind während der Geschäftskunden wochentags von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends in unserer Expedition, Johannisstraße 46, einzusehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co. sämtlich in Lübeck.

Bestrafung Landsturmpflichtiger und Militärpflichtiger und zur Arbeit entlassener Dienstpflichtiger.

Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. 6. 1851 bestimme ich im Interesse der öffentlichen Sicherheit folgendes:

- Landsturmpflichtige und Militärpflichtige, welche sich gemäß §§ 102, 25 W.O. nicht zur Stammmrolle anmelden,
 - diejenigen, welche von ihrer Truppe oder Dienststelle zur Beschäftigung in einem Zivilberuf entlassen, diese nicht sofort aufnehmen oder nach Niederlegen der Arbeit sich nicht sofort beim zuständigen Bezirkskommando melden,
- werden, wenn die bestehenden Gesetze keine höhere Freiheitsstrafe androhen, mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernder Umstände mit Haft oder Geldstrafe bis zu fünfzehnhundert Mark bestraft.

Diese Verordnung ist den Neueingezogenen sofort, den Truppenteilen alle Monate einmal bekannt zu machen. Die Bezirkskommandos sorgen für die Veröffentlichung in der üblichen Weise (durch Anschlag).

Altona, den 30. September 1916.

Der stellvertretende kommandierende General.

(4979)

Bekanntmachung betreffend den Verkauf von Seife u. Seifenpulver.

Es ist zur Kenntnis des Polizeiamts gekommen, daß die Vorschriften über die Verwendung der Seifenart bei Abgabe von Seife und Seifenpulver nicht immer befolgt werden. Es wird daher ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Seife nur auf die Seifenabscritte und Seifenpulver nur auf die Seifenpulverabscritte abgegeben und entnommen werden dürfen. Weiter wird erneut in Erinnerung gebracht, daß die an eine Person in einem Monat abgegebene Menge, 50 Gramm Feinseife (Toilettenseife, Kernseife und Rasierseife), sowie 250 Gramm Seifenpulver nicht übersteigen darf.

Zwischenhandlungen werden mit Gefängnis bis zu 3 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Lübeck, den 11. Oktober 1916.

Das Polizeiamt.

In der gestern vom Ernährungsamt erlassenen Anzeige betreffend **Maisgrieß** und **Maismehl** ist durch Irrtum ein fälschlicherweise Fehler enthalten.

Es darf auf eine **Proviante** je nach Vorrat nur 250 Gramm

Maisgrieß oder **Maismehl** abgegeben werden.

Der Ernährungsamt.

(4980)

Am 3. Oktober erhielt ich die traurige Nachricht, daß mein innigstgeliebter Mann, mein lieber treuer, geliebter Vater, mein Schwager, unser Bruder, Schwager u. Onkel, der Meister (4981)


Martin Schultz
8. Komp. Inf.-Reg. 162
am 1. Oktober den Helben-
tag fürs Vaterland er-
litten hat.
Sein Betragen u. schmerz-
lich vermisst von
seiner Frau,
seiner Kinder
u. allen, die ihn sehr liebten.
Ich hoffe auf ein Wieder-
sehen.
Doch leider war es nicht ge-
schien.
Ruhe laßt in jenseitiger Erde.

Den Heldenkod fürs Vater-
land starb im am
6. August 1916 der Arbeiter

Hans Klockmann
aus Breitenfelde.
Wir werden unserem Mit-
arbeiter, der seine Treue
gegen das Vaterland mit
seinem Blute besiegelte, ein
ehrendes Andenken be-
wahren. (4982)

Die Baubehörde Lübeck.

Zum 1. Januar (4974)
Partier-Wohnung
Stodsdorf, Cohnweg 39.
Röhrens-Franke 30, 1.



Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Lübeck.

Als weitere Opfer des furchtbaren Welt-
krieges fielen die Kollegen

**Siegfried Ahrens
Heinr. Fick
Richard Heyk
Wilhelm Hundt
Karl Käker
Heinr. Löding
Heinr. Lübke
Otto Menschel
Fritz Rese
Ernst Suhr
Heinr. Thies
Ludw. Oldörp, Selmsdorf.**

Wir werden denselben stets ein ehrendes
Andenken bewahren.

4983 Der Zweigvereinsvorstand.

**Heizer
und
Frauen**

für Arbeitszwecke bei hohem Lohn gesucht.

**Lübecker Gaswerke,
Moisinger Allee 9
und
Geniner Strasse 80.**

Achtung Bauarbeiter und Zimmerer!

Bis auf weiteres bleibt die 1 1/2 stündige Mittags-
pause in Kraft. Die Arbeitszeit verlängert sich
deshalb abends um eine halbe Stunde.

Die Lohnkommission der Bauarbeiter und Zimmerer.

Fest ist es die höchste für Zeit den Einkauf
des Winterbedarfs in Schuh-
fest; die Preise werden höher,
wenn die Saison herankommt. —

Tran muß das Schuhfest enthalten, wenn
es wasserdicht machen soll.

Dr. Gentner's
**Schuhfest Tranolin und
Universal-Tran-Lederfest**

sind erstklassige Schuhfeste
und können prompt geliefert werden.
Ebenso der beliebte nichtabfärbende
Del-Wachs-Lederpuß Mgrin.

Heerführerplakate.
Fabrikant: Carl Gentner, ehem. Fabrik,
Göppingen (Württemberg.) (4977)

Für die so reichlich er-
wiesenen Aufmerksamkeiten,
Glückwünsche u. Geschenke
anlässlich unserer Silber-
hochzeit danken herzlich

Johs. Wilck und Frau
4985 geb. Möller.

**100 Zugänger
und Ferkel**

billig zu verkaufen. (4984)
Schwanauer Allee 90 a.
Wilh. Bartels,
Viehhändler, Fernsprecher 1294.

Knochenverkauf.

Freitag, den 13. Oktober 1916.
Zw. 6701-6900 v. 10-12 Uhr vorm.
Zw. 6901-7900 v. 2-7 Uhr nachm.
4988 Paul Lohrmann.

Bilderleisten
einrahmungen

Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
Fleischhauerstr. 35. Fernruf 2908.

Hansa-Theater.
Freitag, 13. Oktober, 8 Uhr:
Letzte Aufführung:
Rote Rosen
Schauspiel in 5 Akten
von Hedw. Courths Mahler
und Ad. Steinmann.
Ab Sonnabend, 14. Oktober,
täglich 8 Uhr:
Marietje singt
Schausp. in 5 Akt von Ad. Stein-
mann u. d. gleichnamig. Roman
d. Lübecker General-Anzeigers.
Vorverkauf Zig.-Gesch. Sager,
Kohlmarkt.
Sonntag, 15. Oktober, 4 Uhr:
Gr. Familien- u. Fremdenvors.
1.00 Mk., 50 g, 20 g
D. Karle/König v. Stuckelsdorf.
Vorverk. täglich Theaterkasse
10-1 und ab 6 Uhr. (4986)

AlleArbeiter

kaufen gern und gut ihre
Arbeitskleidung bei (4976)

Otto Albers
Markt 4. Kohlmarkt 10.
Mitgl. des Rab.-Sparv. Eubeca.

Stadttheater. (4981)

Donnerstag, d. 12. Oktober 1916
Die verkaufte Braut.
Komische Oper v. Fr. Smetana.

Freitag, den 13. Oktober 1916
Die Hermannschlacht.
Drama von H. v. Kleist.

Sonnabend, 14. Oktober 1916
Neuheit! Neuheit!
Der siebente Tag.
Lustspiel v. Schanzer u. Welisch.
Anfang der Vorstellungen
8 Uhr.

Sonntag, den 15. Oktober 1916
nachmittags 3 Uhr
Jeder Platz 50 Pfg.
**Herrschaftlicher
Diener gesucht.**
Schwank von Burg u. Taufstein.
Verlosung der Plätze Freitag
u. Sonnabend abends von 8 1/2
b. 9 1/2 Uhr an der Theaterkasse.

Mahnahmen in der Ernährungsfrage.

Die sozialdemokratischen Mitglieder der Budgetkommission haben dort folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag wolle beschließen: Das Kriegsernährungsamt zu ersuchen, zur Sicherung der Volksernährung folgende Maßnahmen zu ergreifen:

1. Gleichmäßige Verteilung aller Nahrungsmittel, die nur in ungenügenden Mengen vorhanden sind; systematische Ordnung der Einteilung durch Kartenausgabe.
2. Schleunige Herabsetzung der Höchstpreise für Nahrungsmittel, soweit sie die Produktionskosten und den in Friedenszeiten üblichen Sätzen für Produzenten und Händler übersteigen. Anreiz der Produktion durch Heraussetzung der Höchstpreise ist verfehlt und entschieden zu verwerfen.
3. Keine Zuzendungen aus öffentlichen Mitteln zur Sicherstellung zu hoher Nahrungsmittelpreise.
4. Die Organisationen der Kriegsernährung dienen lediglich der zweckmäßigen Nahrungsmittelversorgung zu möglichst niedrigen Preisen; sie dürfen durch Vermittlungsgebühren und sonstiges Geschäftsgebahren nicht hohe Gewinne herauswirtschaften und damit zur Lebensmittelteuerung beitragen. Es ist unzulässig, Gewinne ganz oder teilweise in Form von Prämien Produzenten oder Händlern zuzuführen.
5. Der Bedarf an Kartoffeln für die menschliche Ernährung ist unter Berechnung von anderthalb Pfund pro Tag und Kopf vorweg sicherzustellen. Zur Durchführung der Verteilung und Zufuhr sind sofort ausreichende Vorkehrungen zu treffen, nötigenfalls durch Heranziehung militärischer Kräfte. Der Kartoffelpreis ist stufenweise so herabzusetzen, daß er mit dem für Februar 1917 vorgesehenen Preisanschlag den jetzigen Preis nicht übersteigt.
6. Einschränkung der Verwendung von Kartoffeln für die Spiritusbrennerei auf den notwendigen Bedarf für gewerbliche Zwecke. Verbot des Ausschanks von Branntwein. Der Heeresbedarf an Trinkbranntwein ist aus den noch im freien Verkehr vorhandenen Beständen zu decken.
7. Möglichste Steigerung der Herstellung von Teigwaren und Nahrungsmitteln aus Gerste und Hafer und gleichmäßige Verteilung an Kinder, Kranke, Wöchnerinnen, Hilfsbedürftige und Schwerarbeiter sind dabei besonders zu berücksichtigen. Gleichmäßige Verteilung der Hülsenfrüchte. Weitere Herabsetzung der Malzkontingente der Bierbrauereien.
8. Abbau der Höchstpreise für Hafer und Gerste bis auf den Preis für Roggen. — Mäßige Höchstpreise für Heu, Futtermitteln und sonstige Futtermittel.
9. Entsprechende Herabsetzung der Preise für Vieh und Fleisch. In die Fleischverbrauchsregelung ist alles Wild und Geflügel einzubeziehen. Stärkerer, nötigenfalls zwingender Abschluß des Wildes; auch in Privat-Jagdbezirken.
10. Bei der Futtermittelverteilung sind Gemeinden, die Milchviehhaltung oder Aufzucht und Mästung von Schweinen oder Geflügel betreiben, zu bevorzugen. Weitere Förderung der Verwertung der Haushaltsabfälle zu Futterzwecken.
11. Zur Hebung der Butterherstellung muß der Verbrauch von Vollmilch, auch für den Selbstverbraucher, begrenzt werden. Vollmilch darf an Kübber nur bis zum Alter von 6 Wochen und Magermilch an Schweine nur bis zum Alter von 8 Wochen verfüttert werden.
12. Die Molkereien sind zu verpflichten, ein bestimmtes Quantum Magermilch zur Käsebereitung zu verwenden. Der Käse ist zu beschlagnahmen und gleichmäßig zu verteilen.
13. Verbot des direkten Verbands von Butter und Käse durch Produzenten an Konsumenten.
14. Herabsetzung der Höchstpreise für Verbrauchszucker.

15. Unverzügliche Festsetzung von Höchstpreisen für Winter-Gemüse und Obst.
16. Förderung der Einrichtung von Massenpeisungen, mit Reichsmitteln.

Reichstagsausschuß für den Reichshaushaltsplan.

Am Dienstag wurde die Beratung der Fragen über die Fürsorge für die Gefangenen begonnen. Abg. Kretsch begründete folgenden Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, eine Besserung der Lage deutscher Gefangener in Rußland und Frankreich auf alle Weise, soweit nötig, auch durch Androhung und Durchführung entschiedener Vergeltungsmaßnahmen, durchzuführen.

Er verweist darauf, daß unsere Gefangenen in Frankreich und Rußland nur zu oft in unverantwortlicher Weise behandelt werden. Die Reichsleitung gehe dagegen leider nicht entschieden genug vor.

Die Vertreter des Auswärtigen Amtes, des Kriegsministeriums und des Reichsmarineamts berichteten ausführlich über die Maßnahmen, die durchgeführt worden sind, um die Lage unserer Gefangenen in Frankreich und Rußland zu erleichtern. Sehr schwere Missetaten seien vorhanden. Sobald die Tatsachen genügend festgestellt wären, ist sofort dagegen mit allem Nachdruck vorgegangen worden. Nach vielen Mühen sind Vereinbarungen zustande gekommen, die hier und da Abhilfe geschaffen haben. Freilich bleibt noch viel zu bessern. Daher wird unermüdet weiter gearbeitet. Das deutsche Volk kann überzeugt sein, daß nichts versäumt werde, was geeignet erscheint, die Lage unserer Gefangenen zu erleichtern. Leider fehlt oft genug das nötige Entgegenkommen der französischen und russischen Regierung. Meistens handelt es sich nicht um bösen Willen der Zentralleitungen; vielmehr ist in der Regel das Verhalten der örtlichen Behörden entscheidend. Die Bemühungen der Reichsleitung werden auf der anderen Seite durch die Schutzmächte, durch den Schweizer Bundesrat und durch den Papst in dankenswerter Weise unterstützt. Die Reichsleitung bemüht sich um den Austausch der Zivilgefangenen oder wenigstens darum, daß die Zivilgefangenen in neutralen Staaten interniert werden. Auch der Austausch anderer Gefangener oder ihre Internierung in neutralen Auslande werden möglichst zu erreichen gesucht. Den Gefangenen, die leider im feindlichen Auslande festgehalten werden, sollen erträgliche Verhältnisse gestiftet werden. Wo notwendige Forderungen auf den bösen Willen der feindlichen Regierungen gestoßen sind, mußte zu Vergeltungsmaßnahmen gegriffen werden, wenn in unserer Hand solche Gefangene waren, durch deren entprechende Behandlung ein Eindruck auf die feindlichen Regierungen zu machen war. Hierdurch ist manche Verbesserung erreicht worden. Daher kann leider auf dieses Mittel nicht verzichtet werden, das freilich nur mit der größten Vorsicht angewendet werden darf.

Abg. Erzberger (Ztr.) begründete folgenden Zentrumsantrag:

„Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch Vermittlung des Heiligen Stuhles unter sämtlichen kriegführenden Mächten alsbald in Kraft zu setzende Vereinbarungen zu treffen, durch welche: 1. das Los der Kriegsgefangenen wesentlich verbessert wird; 2. Repressalien aller Art beseitigt werden; 3. sämtliche Zivilgefangene ohne Unterschied des Alters in ihr Heimatland zurückbefördert werden gegen das ausdrückliche Versprechen der einzelnen Staaten, nicht in die Wehrmacht eingereiht zu werden.“

Auf eine Anfrage teilte der Vertreter des Kriegsministeriums mit, daß die Beschäftigung der in der Schweiz Internierten große Schwierigkeiten verurliche. Es sei beabsichtigt, besondere Arbeitsstätten für diese Personen zu errichten, um jede Konkurrenz gegen die Schweizer Arbeiter zu vermeiden.

Nachdem Abg. Alpers (Dt. Frakt.) einige Beschwerden über die schlechte Behandlung der Gefangenen vorgebracht hatte, erklärte Abg. Schmidt (Meißner), daß die Sozialdemokratische Fraktion gegen den Antrag Kretsch stimme. Die Vergeltungsmaßnahmen müßten sehr vorsichtig gehandhabt werden, wenn sie nicht mehr schaden als nützen sollen. Zu dem Antrag Erzberger beantragte er den Zusatz, daß die Vereinbarungen auch durch die Vermittlung einer andern neutralen Macht herbeigeführt werden sollen. Dann ging Abg. Schmidt auf einen sehr bezeichnenden Fall ein und verlangte Auskunft darüber, ob das hier eingeschlagene Verfahren gegen einen Gefangenen zulässig sei. Der Fall war

der Regierungsvertreter nicht bekannt. Er soll sofort festgestellt und in der nächsten Sitzung weiter besprochen werden.

Abg. Wasser mann (Natl.): Seine Freunde werden für den Antrag Kretsch stimmen, ohne daß sie damit sagen wollen, daß die Reichsleitung bis jetzt nicht genug getan habe.

Abg. Emmel (Soz.) wies demgegenüber auf die Gefahren hin, die ein zu rücksichtsloses Vorgehen mit Vergeltungsmaßnahmen haben kann. Freilich müsse verlangt werden, daß die Reichsleitung mit aller Entschiedenheit für die Gefangenen eintrete. Er habe den Eindruck, daß entschiedener vorgegangen werden müsse, um endlich die Geiseln aus Elßah-Lathringen freizubekommen. Zwischen dem Reiche und Frankreich sei zwar eine erfreuliche Vereinbarung zustande gekommen. Ihre Durchführung sei aber von Frankreich zunächst lange hingezogen worden und auch jetzt noch nicht in vollem Maße erreicht. Besonders hart sei das Schicksal der Elßaher, die von Frankreich gezwungen werden, in das französische Heer einzutreten. Er forderte dringend, daß endlich entschiedene eingeschritten werde.

Der Regierungsvertreter sagte dies zu. Alles soll geschehen, was irgend möglich ist.

Die Abgg. v. Gamp (konj.) und Liesching (Fr. Wp.) gingen noch auf einige Beschwern ein.

Fortsetzung am Donnerstag.

Von den Kriegsschauplätzen.

Aus England liegen heute drei Nachrichten vor, die des gesunden Sinnes halber, der in ihnen steckt, allgemeine Beachtung verdienen. Am bemerkenswertesten scheint uns eine Äußerung des sozialistischen Abgeordneten Snowden zu sein. Bei einer Veranstaltung der Arbeiterpartei erklärte er, die militärischen Ereignisse seit Juli bewiesen klar, daß jede Hoffnung auf eine militärische Befreiung der Zentralmächte verschwunden sei. Wenn der Krieg bis zu einer militärischen Entscheidung ausgekämpft werden sollte, müßte er viel länger dauern als drei Jahre. Aber der Krieg könnte nicht noch zwei oder drei Jahre weitergeführt werden wegen der Verluste an Menschen. Die britischen Verluste betragen seit der Juli-Offensive 300 000 Mann. In seiner Unterredung mit dem amerikanischen Journalisten sei Kriegsminister Lloyd George der Frage ausgewichen, was Frankreich über einen Krieg von zwei, drei oder vier Jahren dächte. Frankreich würde keine Männer mehr übrig haben, wenn der Krieg noch länger dauerte. Wofür kämpfen wir? fragte Snowden. Anfangs glaubte man, für Belgien. Das glaubt jetzt niemand mehr. Die Regierung wertete sich immer, sich über ihre Verpflichtungen gegenüber Rußland auszulassen; aber eine Frage würde von neuem im Unterhause gestellt werden: Hat England Tausende von Männern verloren und die Verpflichtung eingeleistet, damit Rußland Konstantinopel erhält?

Das klingt anders als die kriegsheckerischen Reden anderer sogenannter sozialistischer Abgeordneter in England. Wenn die von Snowden vertretene Erkenntnis erst die weiten Kreise des englischen Volkes erfaßt hat, dann sind die Tage des Krieges gezählt.

Gegen Lloyd Georges „Knockout“-Rede wenden sich zwei weitere beachtliche Stimmen. „International League“ veröffentlicht ein Manifest gegen Lloyd Georges jüngste Auslassungen, welche die völlige Vernichtung Deutschlands als Kriegsziel hinstellen. Das Manifest erklärt es für Unsinn, ein Volk von 70 Millionen Menschen vernichten zu wollen, und fährt dann fort zu erklären, das englische Volk werde sich zu einem annehmbaren Frieden bereit finden sobald die Deutschen in die allgemeine europäische Abrüstung und in die Schlichtung aller Streitigkeiten zwischen den Völkern durch ein Schiedsgericht einwilligen.

Der frühere Herausgeber des „Economist“, Francis Hierst, gibt jetzt ein neues Wochenblatt „Common Sense“ heraus, dessen erster Artikel am Sonntag erschien. Die Haltung, die das neue Blatt zum Kriege einnimmt, wird durch folgende Sätze im Artikel gekennzeichnet: Weiter kämpfen, bis die rechten Friedensbedingungen erreicht werden können, das ist eine Politik, die wenige Engländer werden bekämpfen wollen.

Don Quijote.

Von Cervantes.

20. Fortsetzung.

„Ja, Herr Statthalter,“ rief ein anderer, „welche Saunseligkeit! Bewaffnet Euch schnell! Rührt uns hinaus und seid unser Feldherr, da Ihr doch unser Statthalter seid!“ „Nun, so bewaffnet mich in Gottes Namen,“ verlegte Sancho, und alsbald nahmen sie zwei große Schilde, die sie zu dem Zwecke mitgebracht hatten, und legten sie ihm auf dem Hemde an, einen Schild vorn und den anderen hinten. Durch einige Löcher, die sie hineingeschlagen hatten, steckten sie seine Arme und banden die Schilde mit Stricken so fest, daß er ganz eingeschmürt und eingekesselt aufrecht wie ein Pfahl da stand, ohne die Rute rühren oder einen einzigen Schritt tun zu können. Sie gaben ihm eine Lanze in die Hand, auf welche er sich stützte, um sich aufrecht zu halten, und sagten ihm, er möchte sie nun anführen und anfeuern; denn er sei ihr Leitstern, ihre Laterne und ihr Licht.

„Wie soll ich gehen, ich geschlagener Mann,“ antwortete Sancho, „da ich die Kniee nicht zu rühren vermag, und die Hölzer mich hindern, an die ich mit dem Leibe so fest geschmürt bin. Das einzig mögliche ist, daß Ihr mich auf den Armen forttragt und mich quer und aufrecht an eine Pforte hinstellt, die ich dann schon mit dieser Lanze und mit meinem Leibe behaupten will.“ „Freilich auf, Herr Statthalter,“ rief ein anderer; „denn die Furcht hindert Euch mehr am Gehen, als die Hölzer. Eilt und führt uns an; denn es ist die höchste Zeit, die Feinde nehmen zu, das Geschrei vermehrt sich und die Gefahr ist aufs äußerste gestiegen.“

So überredet und geschmückt, veruchte der arme Sancho sich zu bewegen; aber er fiel mit einem so gewaltigen Schläge zu Boden, daß er meinte, in Stücke gesprungen zu sein. Wie eine Schildkröte oder wie ein Schweinebraten zwischen zwei Schüsseln blieb er liegen. Aber selbst sein Fall erregte in diesem tollkühnen Volke kein Mitleid; sie löschten vielmehr die Fackeln aus und gingen von neuem an zu schreien und griffen wieder mit der größten Hast zur Verteidigung, indem sie über den armen Sancho wegrannten und ihm unglückliche Hebe auf die Schilde gaben. Einige stolperten über ihn, andere stießen auf ihn, und einer stellte sich sogar geräuschvoll auf ihn, um von dort herunter, wie von einer Anhöhe, die Arme zu kommandieren, indem er mit lauter Stimme rief: „Sicher, Kameraden! Hier bringen die weißen Feinde ein! Jener Posten muß verteidigt, jenes Tor verschlossen werden! Werft jene Leitern um! Die Feuertürme her! Bringt Schwefel und Fez und Kessel mit siedendem Dell! Sicher die Gassen mit Schanzkörben!“ Kurz er nannte mit dem größten Eifer alle Werkzeuge, Geräte und Instrumente des Krieges, mit denen man im Sturm eine Stadt zu verteidigen pflegt, und der

acquieszierte Sancho, der alles hörte und erduldet, sagte zu sich selber: „Wolle Gott, daß die Fackel erst völlig verloren und ich tot oder lebendig aus dieser großen Angst errettet wäre.“

Der Himmel erhörte endlich sein Gebet. Als er am wenigsten dachte, hörte er rufen: „Sieh, die Feinde sind aufs Haupt geschlagen! Auf, Herr Statthalter, erhebt Euch, und freut Euch mit uns dieses Triumphes, und teilt die Beute mit uns, die wir den Feinden durch die Tapferkeit Eures unüberwindlichen Armes abgenommen haben!“ „Hebt mich auf,“ sagte mit kläglichem Stimmchen der bejammernswerte Sancho. Sie halfen ihm auf, und als er stand, sagte er: „Den Feind, den ich besiegt habe, mögt Ihr mir vorn an den Kopf nageln. Ich verlange keinen Teil von der Beute; aber wenn ich einen Freund habe, bitte ich ihn, mir einen Schluß Wein zu reichen; denn ich bin wie ausgedörrt, und mir den Schweiß abzutrocknen, denn ich sitze auseinander.“

Sie trockneten ihn, brachten ihm Wein und banden die Schilde los. Er setzte sich auf sein Bett und fiel von dem Schrecken, der Angst und den Schmerzen in Ohnmacht. Nun tat es ihnen leid, daß sie den Spaß so weit getrieben hatten. Aber sobald Sancho wieder zu sich gekommen war, vermünderte sich ihr Kummer. Er fragte, welche Zeit es sei; sie antworteten, daß der Morgen schon anbräche. Er schwieg still, zog sich an und ging langsam — denn er war ermattet und konnte nicht schnell gehen — nach dem Stalle, wohin ihm alle folgten, die zugegen waren. Hier ging er auf den Grauen zu, umarmte ihn, gab ihm einen Kuß des Friedens auf die Stirn und sagte unter Tränen: „Komm her, Gefährte, Freund und Mitträger meiner Leiden! Wie glücklich waren meine Stunden, Tage und Jahre, als ich noch dein Kamerad war, und ich keinen anderen Gedanken hatte, als dir Sattel und Zeug im Stand zu halten und dein Wäuschlein zu mähen. Aber jetzt ist dich verließ und mich auf die Türme des Stolzes und der Hoffart begab, sind mir tausend Leiden, tausend Mühseligkeiten und tausend Bekümmernisse in die Seele gekommen.“

Indem er diese Worte sagte, zäumte er selbst den Esel, stieg mit großer Anstrengung auf und wandte sich an den Haushofmeister, den Sekretär, den Speisemeister, den Doktor und alle, die zugegen waren, und sagte: „Macht Platz, meine Herren, und laßt mich in meine vorige Freiheit zurück; laßt mich mein ehemaliges Leben wiederzusehen und mich von diesem gegenwärtigen Tode wieder auferstehen. Ich bin nicht dazu gemacht, Statthalter zu sein und Inseln oder Städte zu verteidigen, die von den ersten besten Feinden besüßert werden. Dant sei es den Feinden, die diese Nacht über mich herjagierten.“ „Ihr dürft nicht ziehen, Herr Statthalter,“ sagte der Doktor, „ich will Euer Gnaden einen Trank für die Beulen und Quetschungen geben, daß Ihr ja gleich zu Eurer vorigen Stärke und Gesundheit zurückkehrt, und was das Essen betrifft, so verspreche ich Euer Gnaden, mich hierin

zu bessern und Euch im Ueberflusse alles essen zu lassen, wozu Ihr nur immer Lust habt. „Der Senf kommt nach der Mäßigkeit,“ antwortete Sancho, „ich will ebenso gemäß bleiben, als ich Türke werden will. Vergleichen Späße sind nicht für zweimal. Bei Gott! wenn ich in dieser Statthaltertschaft bleibe oder eine andere annehme, so will ich ebenso gemäß ohne Flügel zum Himmel fliegen. Ich bin vom Geschlechte der Panjas, die alle starkköpfig sind, und habe ich einmal ungerade gesagt, so muß es auch ungerade bleiben, und wenn es auch gerade wäre; die Welt mag sagen, was sie will.“ Sie ließen ihn ziehen und boten ihm ihre Begleitung an und alles, was er zur Pflege seiner Person und zur Bequemlichkeit seiner Reize verlangen würde. Sancho aber sagte, daß er nur etwas Gerste für den Grauen und ein wenig Brot und Käse für sich begehrte; denn der Weg sei so kurz, daß er noch heute bei seinem Herrn anzukommen hoffe.

Endlich sahien es Don Quijote Zeit, den Müßiggang zu verlassen; denn er fühlte sich vor, wie groß der Verlust sei, den die irrende Ritterchaft erleide, wenn er hier noch länger untätig zurückbliebe. Er bat daher den Herzog um die Erlaubnis, sich beurlauben zu dürfen, der sie nur ungern zu erteilen sahien. Aber Don Quijote ließ sich nicht halten, und am andern Morgen ergriff er gewaffnet auf dem Hofe des Kastells. Sancho kam vergnügt mit seinem Grauen; denn der Haushofmeister hatte ihm auf Befehl des Herzogs den Schnappaß wohl gefüllt und ihm außerdem noch zweihundert Dukaten gegeben, um damit die Unkosten der Reize zu bestreiten. Die Galerien standen voller Leute, und Herzog und Herzogin waren ebenfalls erschienen.

Don Quijote neigte sich noch einmal vor ihnen, machte den übrigen eine Verbeugung, wandte Rosinante und verließ, von Sancho gefolgt, das Schloß.

Als er sich im freien Felde sah, war es ihm wieder wohl, und der Geist der Ritterchaft erwachte aufs neue in ihm. Er kehrte sich zu Sancho und sprach: „Die Freiheit ist doch eins der köstlichsten Geschenke, die der Himmel den Menschen verleiht hat; mit ihr können sich weder die Schätze, die in der Erde liegen, noch die das Meer bedeckt, vergleichen. Für die Freiheit und für die Ehre kann und soll man sein Leben einsetzen, und die Sklaverei ist das größte Unglück, das den Menschen zustößen kann. Ich sage es, Sancho, weil es mir unter der Pracht und dem Ueberflusse, unter dem wohlwärmenden Gerichten und den gekühlten Getränken auf dem Schlosse noch sahien, als sei ich beständig vom Hunger umlagert, da ich sie nicht mit Freiheit genießen konnte; denn die Verbindlichkeiten, die uns erregte Wohlthaten auferlegen, sind ebenso viele Fesseln, die die Freiheit der Seele beschränken. Glückselig ist nur der, dem der Himmel sein Brot gibt, ohne daß er jemand anders als dem Himmel Dant dafür schuldig ist.“

(Fortsetzung folgt.)

Weiter kämpfen, wenn die rechten Bedingungen erreicht worden sind, nur um, was man in Boxer-Kämpfen „knockout“ nennt, zu erzielen, das kann man überhaupt kaum Politik nennen.

Wien, 11. Oktober. (Amtlich.)

Österreichischer Kriegsjahraplaß.

An der Siebenbürgischen Südfront keine besonderen Ereignisse. Bei Brassó (Kronstadt) wird der Grenzraum geläubert. Székelyland ist wieder besetzt. Im Goergens-Gebirge hält der Widerstand des Feindes an.

Nördlich von Kirlibaba wurde ein russischer Vorstoß abgefohlen.

Italienischer Kriegsjahraplaß.

Die Schlacht am Südlügel der künftigen Front dauerte Tag und Nacht fort und erstreckte sich auch auf den Raum nördlich der Wipach bis St. Peter. Auf der ganzen Front zwischen diesem Ort und dem Meer griffen sehr starke italienische Kräfte an. Dem Feind gelang es, an mehreren Stellen in unsere Gräben einzudringen. Südlich von Nova Vas gewann er sogar anfänglich gegen Jamiana Raum. Unsere Gegenkräfte warfen die Italiener aber überall wieder zurück. Am einzelnen in feindlichem Besitz gebliebene Grabenlinie wird noch gekämpft. 1400 Gefangene blieben in den Händen unserer Truppen.

Die Kampftätigkeit an der Feinstal-Front hat nachgelassen. Die Italiener haben hier in den letzten Kämpfen nichts erreicht. Das Gesicht am Vajubio ist noch nicht abgeschlossen.

Südöstlicher Kriegsjahraplaß.

Bei den l. u. l. Trupepa nichts von Belang.

Ereignisse zur See.

Am 10. d. M. abends hat ein unserer Seeflugzeugschwader die militärischen Objekte von Monfalcone und Staranzano erfolgreich mit Bomben belegt. In der Nacht vom 10. auf den 11. laufenden Monats griff ein Seeflugzeugschwader die Hafenanlagen und Hangars und die Batterien von Bloza, sowie die dort befindlichen feindlichen Schiffe mit bestem Erfolg an. Starke, noch lange sichtbare Brände in der Stadt und der Brand eines Deltants wurden beobachtet. Alle Flugzeuge sind von diesen Unternehmungen trotz heftigsten Abwehrschusses unverletzt nach ihrer Basisstation zurückgekehrt.

Gegen Frankreich und Belgien.

Französischer Seeresbericht.

Vom 10. Oktober. Nördlich der Somme große Artillerietätigkeit beiderseits. Ein Handstreich südlich Caillu-Sailly brachte uns 50 Gefangene ein. Südlich der Somme griffen wir auf einer Front von 8 Kilometern zwischen Barcken-Santerre und Chaules an. Unsere Infanterie nahm die feindliche Stellung und überschritt sie an einzelnen Stellen merklich. Weiter Voreut und die Waldländer nördlich und westlich von Ablaincourt und ein größerer Teil des Waldes von Chaules sind erobert. Der Feind erlitt beträchtliche Verluste, namentlich in der Gegend von Ablaincourt. 1250 Gefangene sind bis zum gegenwärtigen Augenblick gezählt. Von der übrigen Front ist nichts zu melden. — Orientarmee: An der Struma räumte der Feind Gordanat, Ormanli und Djezrator. In der Mitte Baroullenszusammenstoß und mäßige Artillerietätigkeit mit Erfolg fortgesetzt. Besonders lebhaft kämpften im Cerna-Bogen zwischen Serben und Bulgaren statt. 816 Gefangene, darunter 5 Offiziere, wurden eingebracht. Monastir und Krilip wurden von unseren Flugzeugen beschossen.

Englischer Bericht.

Vom 10. Oktober: Bei Tagesanbruch geriet die feindliche Infanterie in der Gegend von Grandcourt auf freiem Felde in unsere Artilleriefire. Südwestlich Grandcourt wurde in der letzten Nacht ein gelungenes Handstreich gegen die feindlichen Aufstellungen unternommen, obwohl diese ziemlich stark besetzt waren. Dem Feinde wurden Verluste zugefügt. — Oberwärts: Weitere 268 Gefangene wurden eingebracht. Ein feindliches Flugzeug wurde nördlich Neuville-St. Vaast heruntergeschossen. Unsere Flugzeuge waren sehr tätig. Eins wird vermisst. — Englischer Bericht aus Saloniki vom 10. Oktober: Kalandra und Homondos wurden besetzt. Der Feind zog sich auf die Berge nordwestlich von Seres zurück.

Gegen England.

Italienischer Seeresbericht.

Vom 10. Oktober. Auf dem Vajubio griffen unsere Abteilungen nach gehöriger Artillerievorbereitung an und nahmen im Sturm feindliche Schützengraben in der Gegend von Cosmagnon und Croci, wobei sie 176 Gefangene, darunter 6 Offiziere, gefangen nahmen und ein Maschinengewehr erbeuteten. Im Travignale-Tale griff der Feind nach Scheinangriffen auf den Hügel der Cima Rocca mit seinen Kräften andere Stellungen auf dem zweiten Gipfel des Colibacchi an; er wurde zurückgeschlagen und schwer, durch unsere wirkungsvolle Artilleriefire verunsichert. Oberwärts wurde an den westlichen Hängen des Monte Stef ein feindlicher Versuch gegen unsere vorgeschobenen Linien zurückgewiesen. Längs der Front der Julischen Alpen wachsende gegenseitige Artillerietätigkeit. Die feindliche Artillerie beschoss auch Bora, wobei sie Gefangene beschaffte und einige Opfer unter der Beschießung verurteilte. In kleineren Kämpfen auf dem Karst machten wir 43 Gefangene. Die feindlichen Flugzeuge erwarteten gestern Abend ihre Angriffe auf dem unteren Nonga, wobei sie zahlreiche Bomben auf die Lagune von Grabo und andere zurückliegende Orte abwarfen. Drei Mann wurden getötet und einige verwundet. Es wurde ein großer Schiffchen erbeutet. Ein unserer Schwader belegte die feindlichen Stellungen auf dem Col Santo nördlich des Vajubio mit Bomben. Unsere Schwader kehrten zu ihren Basisstationen zurück, nachdem sie lebhaften Schützengraben abgebrochen hatten. In Albanien besetzte eine unserer Abteilungen gestern Kalidra südlich Lepeleni an der Bojaca. In der Nacht vom 9. Oktober überlegten feindliche Flugzeuge mehrmals Balona und warfen Bomben ab. Es kam aber kein Erfolg nach wurde Schiffchen erbeutet.

Der Balkankrieg.

Rumänien Kriegslage in russischer Betrachtung.

„Uns Kämpfe“ wieder aus Rumänien. Das rumänische Hauptquartier wurde aus Sinaja nach Bistri verlegt. Feindliche Streitkräfte in der Stärke einer Brigade haben im Raum des Fogarauer Gebirges die rumänische Grenze überschritten. Es haben hier bereits die ersten Kämpfe statt. Der Rückzug der rumänischen 2. Armee ist noch nicht zum Ende gekommen, da der Feind mit beträchtlichen Kräften nachdrängt. Auf der ganzen Linie bis Szekely-Umgebung werden heftige Kämpfe. Die rumänische Heeresleitung verteidigt bis ohne Zweifel recht geschickt, doch macht sich der Mangel an artillerischer Artillerie und Munition sehr fühlbar. Die 2. rumänische Artillerie-Brigade, die über die beste Artillerieausstattung verfügt, hat in den letzten Kämpfen nach wiederholter Tapferkeit ihren ganzen Geschützpark eingebüßt. Die Ersatzung ist aus bekannten Ursachen schwierig. Der Feind hat zur Beschaffung der gegenwärtigen Erfolge erzwungen, weil die Rumänen ihm keine oberirdische Artillerie gegenüberstellen konnten. Das sollte eine Lehre nicht für die Zukunft, sondern für die Gegenwart sein. Auch die Fliegerabteilung unserer Armee ist zum General Carabon wurde im Haupt-

quartier berufen, um über die Kämpfe bei Hermannstadt eingehenden Bericht zu erstatten.

Rumänien und das Londoner Abkommen.

Wie aus London berichtet wird, verlangten England und Frankreich von Rumänien die Unterzeichnung des Abkommens, gleich den übrigen Verbündeten keinen Sonderfrieden zu schließen. Der rumänische Kronrat wird über die Frage in seiner nächsten Sitzung beschließen. England läßt die Frage der finanziellen Unterstützung Rumäniens so lange unerledigt.

Das Schmerzenskind der Entente.

Nach übereinstimmenden Berichten aus Paris und London wird Griechenland allmählich ein arges Schmerzenskind der Entente, weil in ihrem Schoße Uneinigkeit über die Griechenland zugehörige Rolle herrscht. Rußland und Italien widersehen sich jedem aktiven Eingreifen Griechenlands in den Krieg, weil sie ihm den Lohn dafür nicht gönnen. Andererseits befürchtet der Zar, daß Venizelos in seinem Kampfe gegen König Konstantin und die Dynastie viel zu weit gehe, da ihm der Sturz der Dynastie und die etwaige Ausrufung einer venizelistischen Republik völlig unerwünscht wäre. Der Zar hat deshalb den englisch-französischen Drahtziehern in Athen den Rat erteilt, die Sache nicht zu weit zu treiben und sich insbesondere vor der persönlichen Belästigung des Königs zu hüten.

Der Seefrieg.

Verlentete Schiffe.

Aus Berlin wird berichtet: Vom 30. September bis 5. Oktober verlentete eines unserer Unterseeboote im Englischen Kanal fünf feindliche, bezw. mit Warenware beladene neutrale Handelsschiffe mit einem Gesamttonnagehalt von 5576 Tonnen.

Der norwegische Dampfer „Birk“ wurde im Mittelmeer auf der Reise nach Marseille torpediert. Die Besatzung wurde gerettet. — Der englische Dampfer „Afloria“ (1262 Tonnen) ist 40 Seemeilen außerhalb Nordkyn (nördlichster Punkt von Norwegen) von einem U-Boot verlentet. Die aus 16 Mann bestehende Besatzung wurde gelandet.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Amerika und die U-Boot-Frage.

Die Vereinigten Staaten lehnen es ab, das Verlangen des Bierzweckes anzunehmen, daß die Neutralität der Benutzung ihrer Häfen allen Unterseebooten, ob Handelsschiffe oder Kriegsschiffe verweigern sollten. — Nach der „Times“ begab sich der englische Botschafter auf die Nachricht von der Ankunft des U-Bootes 53 ins Staatsdepartement. Aber die Marinebehörde erklärte ihm, daß kein Grund vorliege, das U-Boot anders zu behandeln als ein gewöhnliches Kriegsschiff, das einen fremden Hafen besuche. Der Kapitän des U-Bootes habe dem Kapitän der Flottenstation einen Besuch gemacht und ihm gesagt, daß die Fahrt ereignislos war; nur sei die See stürmisch gewesen. Die Fahrt habe 17 Tage gedauert.

Eine Erklärung der norwegischen Regierung.

Über die Torpedierung von Schiffen wird in der Presse veröffentlicht. Es heißt darin, es würden stets Verhandlungen mit der deutschen Regierung eingeleitet in allen Fällen, in denen gegen die Pflicht verstoßen wurde, unter allen Umständen Personen, die sich an Bord der Schiffe befinden, in Sicherheit zu bringen, bevor das Schiff verlentet wird. Alle Fälle von Verletzungen norwegischer Schiffe, die letzten Instanz gefunden haben, und bei denen es nicht deutlich hervorgeht, daß hinfällige Rücksicht auf die Sicherheit der Besatzungen genommen wurde, würden genau untersucht. Die Regierung werde aufs neue bei der deutschen Regierung vorzulegen werden wegen Aufrechterhaltung der Innehaltung der völkerrechtlichen Bestimmungen seitens der deutschen Behörden. Sie werde gleichzeitig die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Stimmung bei den norwegischen Völkern hinweisen, die schon durch die zahlreich einlaufenden Berichte geschwächt worden ist, daß die Besatzungen norwegischer Schiffe in kleinen Booten sich selbst auf dem Eismeer überlassen wurden. Die norwegische Regierung habe die Versicherung bekommen, daß die deutschen Streitkräfte keine besondere Instruktion für norwegische Schiffe erteilten und daß die deutschen U-Boote auf ihrem Wege zum Eismeer die norwegischen Schiffe nicht berührten. Eine Neuprüfung zur Einschränkung des Zutritts der U-Boote zum norwegischen Seegebiet müsse stattfinden. Bannware sei nach Ansicht der Regierung nur nach der Londoner Deklaration zu bestimmen. Sie erkenne die ausgedehnten Regeln nicht an, nach denen so gut wie alle internationalen Warentransporte von den kriegführenden Ländern während des jetzigen Krieges als Transport von Kontrabanden angesehen werden.

Die Gesamtverluste Norwegens.

betragen 171 Schiffe von zusammen 235 000 Tonnen und einer Versicherungssumme von 84 Millionen Kronen. 134, möglicherweise 140 Seelen, fanden bis zu diesem Zeitpunkt den Tod. In den Häfen Norwegens liegen zur Zeit sechs bis acht Schiffe, die für die Murman-Häfen bestimmt sind; sie sind angehalten worden, neue Versicherungen finden nicht statt. Die Kriegsvericherung zeichnete bis auf weiteres keine Versicherungen für diese Gewässer.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Seniorenkonvent des Reichstags.

erörterte am Mittwoch die Geschäftsfrage des Hauses. Die Debatte über die Reichskanzlerrede sowie über die auswärtige Politik wird möglicherweise zwei Rednergesprächen in Anspruch nehmen. Es liegen dann zwei Interpellationen über die Kartoffelfrage vor. Diese Interpellationen sollen Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt und die Regierung ersucht werden, sie baldmöglichst zu beantworten. Um den Kommissionsen Zeit zur Beipräfung aller vorliegenden Angelegenheiten zu geben, sollen nächste Woche keine Plenarsitzungen stattfinden.

König Otto von Bayern.

der seit den letzten Jahren gelähmt war, ist gestorben.

Die breiten Volksmassen als — „gelbes Unkraut“.

Die „Sprengische Zeitung“, das Organ der österreichischen Konfessionsparteien, wendet sich in einem Artikel gegen die Auffassung, daß die Massen die Tugend gemacht hätten. Sie schreibt u. a.: „... Das elektrische Unkraut ist die Massenverherrlichung, gebildet von den Mächten des Großkapitals. Lob der Geschwindigkeit, Gemeinheit, Unpfeiflichkeit, niedriger Begierden. Die nationale Gesellschaftsordnung ist die Kammerde. Doch oben weht die Luft nicht. Die

Massenverherrlichung bedeutet den ärgsten Faustschlag ins Gesicht der Natur. Dies war die ärgste Friedenslüge. Es soll auch, wie es scheint, die ärgste Kriegslüge werden, gegen die alle Lügen der Engländer Kinder spiel sind. Die fälschenden Geschichtsschreiber dieses Weltkrieges sind emsig an der Arbeit, die Hoffnungen, die alle Freunde natürlicher Gesellschaftsordnung auf den Krieg setzen, zu machen. Trotz Hindenburg sollen dennoch „Lehmann und Krause“ den Ruhm des Krieges davontragen. So wollen es sehr tüchtige Leute haben. Ohne die Massen geht es nicht und — ging es nie. Die Weisheit kennen auch wir. Ob es 100, 1000, 100 000 oder Millionen sind, tut nichts zur Sache. Die klugen Leute, die auf die Tatsache der Millionen von Kämpfern hinweisen, vergessen nur eines: Die Massen sind immer da, die Führer aber sind nicht immer da. Die Massen haben wahrlich Massen tüchtiger Soldaten genug, aber die Führer fehlen ihnen: Feldherren wie Offiziere, der preussische Leutnant! Das geile Unkraut wuchert überall, vergeht nie. Die edlen Kulturpflanzen schwinden gar leicht. Wie lange soll dieser Krieg noch dauern, um den wuchernden Wahn der Massenverherrlichung und den Reib gegen Höhere auszurotten.“

Höher gehts wahrlich nimmer. Scham kennen solche Schmierfinken nicht!

Ein neues Verfahren gegen Diebstahl.

Die Militärbehörde in Thorn verlangt vom Reichstag die Genehmigung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Diebstahl. Zu Ostern fand in Jena eine Reichskonferenz der Jugend statt, an der Diebstahl teilgenommen haben soll. Auf dieser Konferenz ist eine Resolution angenommen worden, an deren Verfassung Diebstahl angeblich beteiligt war. In der Resolution erblüht die Militärbehörde einen strafbaren Tatbestand. Die Geschäftsordnungscommission des Reichstages hat sich mit der Sache noch nicht befaßt, so daß der Antrag der Militärverwaltung in Thorn erst in einer späteren Sitzung des Reichstages zur Entscheidung gelangen wird.

Eine sozialdemokratische Erklärung im sächsischen Landtag.

In einer Rede bei Eröffnung der II. Kammer des sächsischen Landtages erhob der nationalliberale Präsident Dr. Vogel heftige Angriffe gegen England. Er trat zugleich für eine aggressive Kriegsführung im Sinne bekannter Kreise ein. In der Montagsitzung gab die sozialdemokratische Fraktion gegenüber dieser Rede folgende Erklärung ab:

„Herr Präsident! Sie haben in der Sitzung dieses Hauses am 2. Oktober eine Kriegsführung empfohlen, die in ihren Folgen den Krieg bis ins Endlose zu verlängern und uns neue Feinde zu schaffen geeignet ist. Die sozialdemokratische Fraktion lehnt jede Gemeinschaft mit dem Inhalt dieses Teils jener Rede entschieden ab. Sie hält es nicht mit der Stellung des Präsidenten vereinbar, die Wünsche einer gewissen Kriegspartei zu propagieren. Sollten sich solche Vorlesungen wiederholen, so würde die sozialdemokratische Fraktion dagegen sofort öffentlich Widerspruch erheben.“

Die sozialdemokratische Fraktion hat ferner folgenden Antrag eingebracht:

Ist der Regierung bekannt, daß die Sammlung von Unterschriften für den Aufbruch des Ausschusses zur raschen Niederkämpfung Englands in Sachsen von keiner Behörde beanstandet worden ist? Wie vereinbart sie diese Tatsache mit den Maßnahmen, die von den Behörden gegen die sozialdemokratische Friedenspetition ergriffen worden sind?

Hat die Regierung Kenntnis davon, daß überhaupt die Handhabung des Belagerungszustandes, insbesondere der Pressezensur die öffentlichen Bestrebungen für Anbahnung eines baldigen Friedens fast unmöglich macht, während die Agitation der Eroberungspolitik und Kriegsschamacher immer mehr Einfluß zu gewinnen sucht? Welche Haltung nimmt sie gegenüber diesen Verhältnissen ein?

Aus Nah und Fern.

Das Landsberger Bahnhofsunglück. Die amtlichen Feststellungen über die Ursache des schweren Eisenbahnunglückes bei Landsberg an der Warthe ergaben bisher folgendes: Die von Warschau kommenden Züge Vorzug D 24 und D-Zug 24 folgten sich zwischen Schneidemühl und Landsberg in einem Abstand von etwa zehn Minuten. Der Vorzug kam hinter dem Bahnhof Jantoch, etwa eineinhalb Kilometer vor der nächsten Blockstelle Jahnsefelde, wegen Maschinenschadens zum Halt. Das Ausfahrtssignal in Jantoch war nach der Durchfahrt des Vorzuges in der Haltestellung verschlossen. Seine Freigabe für D-Zug 24 mußte nach der Vorbeifahrt des Vorzuges in der Blockstelle Jahnsefelde durch diese erfolgen. Als sich D-Zug 24 Jantoch näherte, hätte bei ordnungsmäßig verlaufener Fahrt des Vorzuges das Ausfahrtssignal in Jantoch frei sein müssen. Da das nicht der Fall war, fragte der Beamte in Jantoch bei Jahnsefelde an, weshalb die Strecke nicht freigegeben werde. Der Blockwärter in Jahnsefelde war nun anscheinend ganz von dem Gedanken schleunigster Streckenfreigabe befangen, ohne sich aber darüber klar geworden zu sein, ob die wichtigste Voraussetzung für die Freigabe der Strecke (Vorbeifahrt des Vorzuges an der Blockstelle) erfüllt war. In unbegreiflicher Verwirrung beseitigte er ohne weiteres durch einen unerlaubten Eingriff die Sperre, die ihn an der vorzeitigen Blockbedienung hinderte und gab dann die Strecke frei. D-Zug 24 fand dann in Jantoch freie Fahrt, fuhr in die besetzte Blockstrecke und stieß auf den in ihr haltenden Vorzug auf. Der Blockwärter verließ seit etwa vier Jahren den Dienst auf der Blockstelle zufriedenstellend. Die gerichtliche Untersuchung wird eingeleitet.

Zu den Posenen Getreidehiebungen. Die „Deutsche Tageszeitung“ weiß zu melden: Der verhaftete Posenen Getreidegroßhändler Leopold Kagenellenbogen hat in einem Monat bei seinen Getreidehiebungen nach Leipzig eine Million Mark verdient. Die für seine Haftentlassung angebotene Bürgschaft in Höhe von 100 000 Mark ist abgelehnt worden. Ein Leipziger Kaufmann Geiß ist in die Angelegenheit ebenfalls verwickelt und verhaftet worden, ebenso noch ein aus Posen stammender Kaufmann in Leipzig.

Die maklos hohen Gewinne der Landwirtschaft ergeben sich u. a. auch aus einer dieser Tage vorgenommenen Zusammenstellung der Einnahmen aus landwirtschaftlichen Erzeugnissen, welche für den kleinen badischen Amtsbezirk Pfullendorf in Baden vorgenommen worden sind. Dieser Amtsbezirk trägt aus schließlich landlichen Charakter, hat aber nur 10 500 Einwohner. Und nun ermehle man an den nachstehenden Zahlen, was in diesem Bezirk in der Kriegszeit verdient worden ist und noch verdient wird. Es gelangten im Jahre 1915 dort zur Auszahlung: für Brotgetreide 1 453 000 Mark, für Hafer 389 000 Mark, für Kartoffeln 300 000 Mark, für Heu 250 000 Mark, für Stroh 50 000 Mark usw. Seit Anfang des Jahres 1916 werden alle 6 Wochen durchschnittlich 250 000 Mark für Großvieh ausbezahlt. Dabei sind die Summen, welche außerdem für Kälber und Schweine in diesem Bezirk getragen werden, noch nicht gerechnet. Begreiflich, daß die badischen landwirtschaftlichen Genossenschaftsinstitute über Geldmangel nicht zu klagen haben.

Von einem Ozean heimgeführt wurden die dänischen Antilleninseln St. Thomas und St. Croix. Vom Mutterlande wurde telegraphische Hilfe erbitten.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Negele & Co. Gmünd in Ober.